

28/29 1988 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

CDU – die Reformpartei

Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß: Jetzt die Weichen stellen für die 90er Jahre

Es ist die erste Sitzung des Bundesausschusses unserer Partei nach der Sommerpause. Sie leitet zusammen mit den Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes vor acht Tagen einen sehr wichtigen Zeitabschnitt für die Politik ein, die wir gemeinsam – Bundesregierung, CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie alle Mitglieder unserer Partei – zu vertreten haben, erklärte Helmut Kohl in Bonn.

Die vor uns liegenden Monate – von heute bis etwa zur Osterpause 1989 – sind der entscheidende Zeitraum dieser Legislaturperiode. Ich habe es in den letzten Wochen oft genug betont, und ich will es heute noch einmal sagen: Wenn wir unser Arbeitspensum für diese Legislaturperiode bis zur Bundestagswahl – die voraussichtlich im November oder Dezember 1990 stattfinden wird – erfüllen wollen, müssen wir diese Monate voll nutzen.

Das Jahr 1990 wird für die Durchführung schwieriger Gesetzesvorhaben nicht sonderlich geeignet sein. Wir werden 1990 insgesamt acht Wahlkämpfe durchzustehen haben. Da ist einmal die Bundestagswahl am Ende des Jahres; da sind die Landtagswahlen in Bayern, in Nordrhein-Westfalen, an der Saar und in Nie-

HEUTE AKTUELL

● Bundesausschuß

Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem „Kleinen Parteitag“ der CDU am 12. September im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

Auszüge aus den Reden der Präsidiumsmitglieder Rita Süsmuth, Norbert Blüm, Gerhard Stoltenberg und Lothar Späth.

Alle Debattenbeiträge werden zu einem späteren Zeitpunkt als Wortprotokoll in Broschürenform veröffentlicht. Der U*i*D wird darüber informieren.

● Dokumentation

Im grünen Teil dieser Ausgabe finden Sie die Beschlüsse des Bundesausschusses, insbesondere das Kapitel III „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“, das aus Zeitgründen auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden nicht beraten und verabschiedet werden konnte.

● Aussiedler

Bundesgeschäftsführer Peter Radunski erklärte vor der Presse in Bonn: „Die Aktion Willkommen ist in der Partei auf großes Verständnis gestoßen. Erste Aktionen sind bereits eingeleitet worden.“

dersachsen; es werden darüber hinaus einige Kommunalwahlen stattfinden. Im schlechtesten Fall haben wir im Jahre 1990 acht verschiedene Wahltermine, acht Wahlsonntage. Wenn die Bundesländer bei der Festsetzung der Wahltermine miteinander kooperieren, kann man die Wahlen möglicherweise auf vier Sonntage zusammenlegen.

In jedem Fall gilt: In der zweiten Jahreshälfte 1990 wird zwar der Haushalt für 1991 auf den Weg gebracht werden, und darüber hinaus werden wir noch einzelne Gesetze beschließen können — aber gewiß nicht mehr die schwierigen Reformvorhaben, die wir als unabdingbar erkannt haben.

Sie sind vor allem unabdingbar im Hinblick auf das entscheidende Datum des 31. Dezember 1992. Das ist der Zeitpunkt, bis zu dem wir den großen Europäischen Binnenmarkt vollenden wollen. Ich kann es nicht oft genug sagen: Viel zu wenige in unserer Bevölkerung — und auch in unserer Partei — haben begriffen, was dies für uns bedeutet. Wir haben es hier mit einer der wichtigsten Weichenstellungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu tun — nach den wegweisenden Entscheidungen, die Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre getroffen wurden. Es geht darum, daß wir unser Land „fit“ machen für den Binnenmarkt, daß wir unseren Spitzenplatz innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch in Zukunft halten können. Und es geht um eine neue Qualität im Prozeß der europäischen Einigung — mit vielen Herausforderungen, mit großen Chancen, aber natürlich auch mit einigen Risiken.

Wir werden unsere Aufgabe nur erfüllen können, wenn wir in dem Zeitraum, der uns noch zur Verfügung steht, mit Konsequenz und Mut zur Zukunft handeln. Ich bin mir darüber im klaren, daß der

damit verbundene Zeitdruck zusätzliche Probleme mit sich bringt. Viele fragen mich: „Muß das alles denn **jetzt** sein? Können wir das nicht noch auf die Zeit nach 1990 vertagen?“ Ich sage Ihnen klipp und klar: Wer so spricht, nimmt den Abstieg der Bundesrepublik Deutschland in Kauf. Ich bin dazu nicht bereit. Ich glaube, jeder, der vorausdenkt, wird begreifen: Wir sind hier und heute gefordert.

Liebe Freunde, wir sind heute zusammengekommen, um die Arbeit unseres 36. Bundesparteitages in Wiesbaden fortzusetzen und abzuschließen. Wir können mit Stolz auf diesen Parteitag zurückblicken: Wir haben nicht nur schwierige und bewegende Fragen mit großer Offenheit und Fairneß debattiert, wir haben auch gemeinsame Antworten gefunden. Die Diskussion in Wiesbaden über die beiden Leitansätze des Bundesvorstandes war so intensiv, daß nicht alle Themen behandelt werden konnten.

Ich habe den Parteitag damals gebeten — und der Parteitag hat den entsprechenden Antrag, aus dem ich jetzt zitiere, auch akzeptiert —, „die Beratung und Beschlußfassung über den Abschnitt III. Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht (Ziffern 56 bis 91 des Leitansatzes des Bundesvorstandes Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes nebst den dazu gehörigen sowie zusätzlichen Anträgen und allen jeweils dazu gestellten Initiativanträgen) dem Bundesausschuß der CDU zu übertragen und alle entsprechenden Vorlagen an ihn zu überweisen“.

In diesem Sinne erfolgte dann auch rechtzeitig und satzungsgemäß die Einladung zur heutigen Sitzung des Bundesausschusses. Wir haben unmittelbar nach der Sommerpause in der Parteiführung — im Parteipräsidium und im Parteivorstand, ebenso in der Bundestagsfraktion — die

Arbeitsplanung für die jetzt anstehenden wichtigen Vorhaben eingehend beraten.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen — wir werden Ihnen gleich einen entsprechenden Beschlußvorschlag unterbreiten —, daß wir das wichtige Thema „Renten“ nicht heute beraten sollten, sondern als einzigen Tagesordnungspunkt auf einer eigens dazu einzuberufenden Sitzung des Bundesausschusses am 26. September 1988. Zur Vorbereitung auf dieses Thema sind noch eine Reihe von Gesprächen notwendig. Ich glaube, es ist diesem zentralen Thema angemessen, daß wir ihm eine eigene Sitzung widmen. Bei dem gegenwärtigen Stand der Diskussion über die Rentenreform zu sprechen, würde, wie ich glaube, die heutige Sitzung überlasten. Der vorgeschlagene Zeitplan — das will ich hinzufügen, um Nachfragen vorzubeugen — ist so abgestimmt, daß wir das Thema „Rentenreform“ hier im Bundesausschuß zu einem Zeitpunkt behandeln würden, zu dem die Fraktion — und natürlich auch die Bundesregierung — noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt hätten. Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundesausschusses wären damit gewährleistet.

Des weiteren möchte ich bei dieser Gelegenheit ankündigen, daß wir den Bundesausschuß für Mittwoch, den 14. Dezember 1988, zu seiner jährlichen Sitzung in Berlin einberufen werden. Wir werden uns auf dieser Sitzung, die wenige Wochen vor der Wahl in Berlin stattfindet, mit Problemen und Perspektiven unserer alten Hauptstadt befassen. Wir werden uns außerdem mit der Lage im geteilten Deutschland befassen. Es geht also vor allem um jene Themen, die mit dem Tagungsort Berlin in einem besonderen Zusammenhang stehen.

Ich will wegen der entstandenen Diskussion und mancher Briefe, die mich erreicht haben, noch darauf hinweisen,

daß ich entsprechend meiner Zusage auf dem Parteitag die Absicht habe, im kommenden Jahr die beiden wichtigen Themen „Umwelt“ und „Ausländerrecht/Asylrecht“ jeweils in einer eigenen Sitzung des Bundesausschusses behandeln zu lassen. Ich bitte jedoch sehr um Verständnis, daß ich heute außerstande bin, hierfür bereits einen Termin anzugeben — und sei es auch nur in dem Sinne, daß ich einen Monat nenne. Angesichts der Fülle der Aufgaben, die wir uns gestellt haben, wird jeder verstehen können, daß wir die Themen in einer solchen Zeitfolge bearbeiten. Mein Ziel ist es, daß wir etwa bis zur Sommerpause nächsten Jahres auch diese beiden Themenkomplexe — entsprechend unseren Absprachen von Wiesbaden — behandelt haben.

Wenn wir mit unseren Beratungen jetzt die Arbeit des Wiesbadener Parteitages fortsetzen, müssen wir natürlich die politische Gesamtsituation im Blick haben. Nach dem Ende der Sommerpause — ich sagte es schon — hat der entscheidende Abschnitt dieser Legislaturperiode begonnen. Trotz aller Schwierigkeiten ist für jeden erkennbar: Die Ausgangsposition ist gut.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verläuft sehr viel günstiger, als viele es noch vor kurzem für möglich gehalten haben. Heute gehen die Experten davon aus, daß wir in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund 3 % erreichen können. Es gibt einige, die bereits etwas über diese Zahl hinausgehen. Ich rate uns, vorsichtig zu sein und eher an der unteren Grenze der Prognose zu bleiben. Ich war in der Schule immer glücklich, wenn ich bessere Noten bekam, als ich angenommen hatte. Das will ich auch in der Politik so halten.

Diese Lagebeurteilung — und Sie werden verstehen, daß ich mich über die Ent-

wicklung freue — steht in deutlichem Gegensatz zu dem, was wir im November und Dezember des vergangenen Jahres, aber auch noch zu Beginn dieses Jahres bis hin zu unserem Bundesparteitag gehört haben — und zwar nicht nur von den Sozialdemokraten, zu deren Verständnis von Opposition es gehört, die Lage möglichst schlecht zu zeichnen.

Das Katastrophengemälde, das der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel den Bürgern seit Jahr und Tag anbietet, ist hinreichend bekannt. Es gab aber viele, nicht zuletzt auch im Bereich der Wirtschaft, die es auf Grund ihrer Erfahrungen eigentlich besser hätten wissen müssen und die trotzdem einen ähnlichen Ton anschlugen.

Ich finde, es bringt uns wenig, wenn wir nachkartieren. Wichtig ist, daß wir eine erfreuliche Entwicklung verzeichnen können. Wenn am vergangenen Wochenende einer der maßgeblichen Sprecher der deutschen Wirtschaft — ich zitiere ihn aus dem Gedächtnis — erklärt hat, die Wirtschaft laufe „wie geschmiert“, dann können wir diese Einschätzung nur begrüßen. Dieser Erfolg ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit. Ich bin der letzte, der in Anspruch nimmt, dies sei allein die Leistung der Regierung. Viele Millionen Bürgerinnen und Bürger haben daran mitgewirkt: die Arbeitnehmer in den Betrieben, die Gewerkschaften, die Unternehmensleitungen — alle, die hart gearbeitet und sich ihrer Verantwortung gestellt haben.

Wenn man uns jetzt aber einreden will, das alles sei mehr oder weniger zufällig so gekommen, dann will ich — wie vor ein paar Tagen im Bundestag — einfach mit der Gegenfrage reagieren: Wie wäre die öffentliche Diskussion denn verlaufen, wenn die Wirtschaft sich schlecht entwickelt hätte? Meine Damen und Herren, die Schuldigen wären sofort in der

Bundesregierung gefunden worden. Ich finde, man muß jetzt fair bleiben: Wenn es schlecht läuft, bekommen wir die Prügel; wenn es gut läuft, erwarten wir dann aber auch, daß wir wenigstens den Anteil zugesprochen bekommen, der uns gebührt.

Es ist wichtig, jedem in unserem Land deutlich zu machen: Dieser Erfolg ist nicht auf das Jahr 1988 beschränkt. Seit sechs Jahren befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf Wachstumskurs. Was das konkret für breite Schichten der Bevölkerung bedeutet, läßt sich nicht nur an den Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts oder der Höhe der Investitionen ablesen, sondern auch und gerade daran, was die Arbeitnehmer in ihren Lohn- oder Gehaltsmitteilungen nachlesen.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte haben in diesen sechs Jahren um nicht weniger als 120 Milliarden DM zugenommen. Das ist ein Zuwachs von 20 %. Dabei liegt der eigentliche Wert dieses Zuwachses weniger in der absoluten Zahl als darin, daß gleichzeitig aus Inflation Preisstabilität geworden ist. Ich appelliere an alle, mehr über diese Erfolge zu sprechen. Zu viele in unserem Land denken heute, Preisstabilität sei etwas Selbstverständliches.

Die vielen Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in diesem Jahr ihren Urlaub im Ausland verbracht haben, konnten sich beim Umtausch persönlich von den Vorzügen einer stabilen Währung überzeugen. Die Anhebung von Löhnen, Gehältern und Renten bedeutet für jeden wieder einen tatsächlichen Zugewinn an Kaufkraft und Ersparnissen. Gerade hier zeigt sich, daß Politik für Wachstum und Stabilität immer auch soziale Politik ist und jenen hilft, die von kleinen Einkommen leben, die keine Konten im Ausland haben und die sich

nicht gegen Inflation wehren können. Noch etwas gehört zu dieser Bilanz — und es hat viel mit unseren heutigen Themen zu tun —: der Zugewinn von über 800 000 neuen Arbeitsplätzen. Das ist eine Zahl, die aus vordergründigen Motiven von den Sozialdemokraten — und nicht zuletzt auch von weiten Teilen der Gewerkschaften — praktisch totgeschwiegen wird. Wer diese über 800 000 neuen Arbeitsplätze geringschätzt, der sollte nicht vergessen, daß unter der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in nur zwei Jahren 800 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind.

Es ist leider wahr, daß wir trotz dieser positiven Entwicklung die Arbeitslosigkeit bisher nicht entscheidend zurückführen konnten. Die Gründe hierfür sind bekannt: Etwa in dem Umfang, in dem neue Arbeitsplätze entstanden sind, ist auch die Zahl derer gewachsen, die sich als Arbeitsuchende melden. Nicht zuletzt viele Frauen haben angesichts der positiven Wirtschaftsentwicklung Hoffnung geschöpft, einen Arbeitsplatz zu finden; das ist ja auch ein Vertrauensbeweis in unsere Politik!

Neben den Frauen sind es vor allem junge Leute — die letzten aus den geburtenstarken Jahrgängen — die jetzt auf den Arbeitsmarkt drängen. Gerade ihre Chancen haben sich in den zurückliegenden Jahren erheblich verbessert. So hat die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren den niedrigsten Stand seit sieben Jahren erreicht; und zu keinem Zeitpunkt hat es in der Bundesrepublik Deutschland mehr Arbeitsplätze für Frauen gegeben als heute. Auch das ist ein Erfolg unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Liebe Freunde, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, müssen wir in verschiedenen Richtungen nachdenken und schließlich handeln. Für uns ist das keine Frage

einer Statistik, die Monat für Monat erscheint. Für uns geht es um das Schicksal vieler einzelner. Wir denken an die Betroffenen und ihre Familien. Schwerwiegende Probleme gibt es vor allem dort, wo regionale und strukturelle Faktoren zusammenkommen und sich auf unheilvolle Weise verknüpfen. Hier gilt es, neue Ideen zu entwickeln und das Menschenmögliche zu tun, um weiter voranzukommen.

Grundlage für jede erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik ist und bleibt die Solidität der Staatsfinanzen. Auch wenn wir im laufenden Jahr angesichts einer Reihe von Sonderfaktoren aus konjunkturellen Gründen bereit waren — und dies war ja auch richtig, wie sich inzwischen gezeigt hat —, ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf zu nehmen, so ändert das nichts daran, daß dies kein Dauerzustand sein kann.

Gerhard Stoltenberg und ich haben im Januar erklärt, die Erhöhung der Nettokreditaufnahme auf knapp 40 Milliarden DM in diesem Jahr müsse ein Ausreißer bleiben. Wir würden dies zum nächstmöglichen Zeitpunkt korrigieren.

Es ist unser entschiedenes Ziel, im Haushalt für 1989 die Neuverschuldung in Richtung auf 30 Milliarden DM zurückzuführen. Das ist eine wichtige Zusage. Viel zu wenige — jedenfalls spüre ich das in der politischen Diskussion — haben begriffen, daß die Bevölkerung unsere Partei auch danach beurteilt, wie wir mit dem Geld der Bürger umgehen.

Eine solide Finanzpolitik ist auch Voraussetzung für ein gutes Wahlergebnis. Klarheit und Berechenbarkeit in der Haushaltspolitik sind kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung dafür, daß unser Staat aktionsfähig bleibt und die notwendigen Reformen verwirklichen kann. Mit uns kann es keine Politik nach dem Gießkannenprinzip geben, wir wer-

den nicht durchs Land gehen und allen alles versprechen.

Ich weiß natürlich, daß eine solche Art des Auftretens bei vielen mit Wohlgefallen aufgenommen wird. Nur kommt die Rechnung alsbald. Ich habe nicht in den vergangenen sechs Jahren gemeinsam mit den Kollegen in der Fraktion, im Bunderrat und nicht zuletzt in der Bundesregierung zum Teil bittere Sparbeschlüsse durchgesetzt, um jetzt in den Fehler ungezügelter Ausgaben zu verfallen.

Eine sparsame Haushaltspolitik — ich wiederhole es — ist allerdings kein Selbstzweck, sondern ihm Rahmen der Gesamtpolitik zu sehen. Wir haben hier klare Absprachen. Ich sage das im Blick auf die unnötigen Diskussionen der letzten Tage, die ich zutiefst bedaure.

Selbstverständlich gilt das, was wir in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben. Aber dort steht auch ein Termin: Wir haben beschlossen, zu Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode über den finanziellen Spielraum zu entscheiden. Das ist nicht heute, sondern das ist zu Beginn des nächsten Jahres. Dann werden wir über dieses Thema so reden, wie sich das gehört.

Daher mein dringender und herzlicher Wunsch, mein Appell an alle — ich sage jetzt bewußt: an alle, und das gilt nicht nur für den heutigen Tag, sondern auch für die Zukunft —, daß wir jetzt nicht völlig unnötige Diskussionen miteinander führen. Sie haben mich in den fünfzehn Jahren meines Parteivorsitzes und in den bisher sechs Jahren meiner Amtszeit als Bundeskanzler kennengelernt und wissen, daß ich allen Schwierigkeiten zum Trotz ein gegebenes Wort einlöse. Ich lasse mich nicht von der jeweiligen Tagesstimmung lenken.

Ich habe aus guten Gründen gemeinsam mit der Partei diese Festlegungen in der Koalition akzeptiert. Unsere Partner,

CSU und FDP, haben diese Entscheidung mitgetragen. Wir müssen nicht jeden Tag darauf pochen. Wir müssen sie zum gegebenen Zeitpunkt realisieren. **Deswegen meine Bitte: Unterlassen wir diese öffentliche Diskussion und kehren wir zur praktischen Arbeit zurück. Was wir vereinbart haben, wird selbstverständlich durchgeführt.**

Dabei muß uns immer bewußt bleiben, daß die Begrenzung von Staatsausgaben und Kreditaufnahme einerseits sowie eine aktive Steuerreformpolitik andererseits in einem unauflöslichen Zusammenhang stehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal auf ein weiteres wichtiges Thema hinweisen: In der Zeit zwischen der Bundestagswahl 1990 und Ende Dezember 1992, also der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, werden wir uns mit der Frage der Unternehmensbesteuerung befassen müssen. Die Attraktivität des Standortes Bundesrepublik Deutschland ist eine Existenzfrage für unser Land, und wir müssen dafür auch die notwendigen Voraussetzungen schaffen — unter all den Kautelen, die ich in den letzten Wochen oft genug genannt habe.

Sie sehen, wir haben noch genug zu tun, und wir haben auch die Kompetenz dafür. Demgegenüber haben die Haushaltsdebatte der vergangenen Woche und der Parteitag der SPD in Münster einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß die Sozialdemokraten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik über kein Konzept verfügen. Es gibt tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Kompromißformeln können dies nicht verdecken. Die SPD ist in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht regierungsfähig; und Konzeptionslosigkeit ist genau das, was sich unser Land nicht leisten kann — in einer Zeit, in der die Weichen für das Europa der 90er Jahre zu stellen sind.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt: Welchen großen Auftrag der Zukunftssicherung erfüllen wir mit unserer Politik? Hier geht es um eminent wichtige Fragen, die wir von jetzt bis zur Bundestagswahl — und bei den vielen Wahlen davor — immer wieder unseren Mitbürgern erklären müssen: Auf der politischen Tagesordnung stehen weitreichende Reformvorhaben, die allesamt Teil eines Gesamtkonzepts, einer notwendigen Politik der Zukunftssicherung sind. Das ist, wenn Sie so wollen, die Generalüberschrift für die nächsten Jahre.

Ich weiß, daß das ein Thema ist, das viele hierzulande eher gleichgültig läßt. Zu viele in unserer Republik haben sich in einer zu großen Bequemlichkeit eingerichtet. Wir sind weltweit die Nummer 1 im Export, wir sind wirtschaftlich die Nummer 1 in der Europäischen Gemeinschaft und überhaupt in Europa und wir werden fortdauernd in einem Atemzug mit Japan und mit den USA genannt. Dabei vergessen viele, daß die USA die vierfache Bevölkerungszahl und Japan die doppelte Bevölkerungszahl der Bundesrepublik haben.

Viele nehmen auch nicht zur Kenntnis, was jetzt beispielsweise in Japan geschieht, um sich in einer großangelegten Wirtschaftsoffensive rechtzeitig auf die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft einzurichten. Vier Jahre scheinen manchem eine lange Zeit zu sein, aber ich sage Ihnen: Wir müssen **jetzt** handeln, wenn wir Platz 1 behalten wollen. Wir sind es den jungen Leuten schuldig, daß wir **jetzt** die Zukunft sichern!

Das ist der Sinn dieser Reformwerke. Die große Steuerreform ist natürlich — bei allen un schönen, ja ärgerlichen Begleitumständen — ein epochales Werk, und diese Erkenntnis wird sich auch von Tag zu Tag mehr durchsetzen. Wir sollten

endlich über die Errungenschaften dieser Reform reden, statt uns über periphere Fragen zu zerstreiten.

Die Gesundheitsreform, die Postreform — sie sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung!

Die Gesundheitsreform ist überfällig. Ich kann die Zahlen nicht oft genug wiederholen: 1960: 9 Milliarden DM Gesundheitskosten, 1970: 24 Milliarden, 1980: 86 Milliarden, 1988: 125 Milliarden DM. Wer sich diese Zahlen vergegenwärtigt, kann keinen Zweifel haben, daß dieses System so nicht haltbar ist. Wer wirklich die Vorzüge unseres Gesundheitssystems will — die freie Arztwahl und alles, was dazugehört —, wer gegen die Entwicklung zu einer staatlichen Lenkung ist, der muß **jetzt** handeln! Das ist doch für jedermann erkennbar, und das müssen auch die betroffenen Verbände einsehen. Die Vorwürfe der Sozialdemokraten kann man mit einer ganz einfachen Gegenfrage beantworten: Warum haben sie zwischen 1970 und 1980, bei einer Steigerung von 24 auf 86 Milliarden DM, nicht gehandelt?

Ein Wort zu den Verbänden: Ich gehöre nicht zu denen, die die Angewohnheit haben, auf Verbände, insbesondere Interessenverbände, zu schimpfen. Interessenverbände muß es geben, und wir sollten da nicht hochmütig sein, zumal jeder froh ist, wenn seine eigenen Interessen gut vertreten werden. Aber wenn dieser Staat durch eine Addition von Interessenverbänden geprägt wird, wenn das Ganze nur als ein großer Kuchen betrachtet wird, aus dem jeder ein möglichst großes Stück herauschneiden möchte, dann kann dieser Staat nicht gut gedeihen.

Auch von Interessenverbänden kann und muß erwartet werden, daß sie das Gemeinwohl nicht aus dem Auge verlieren.

Ich sage das auch im Blick auf mancherlei Inserate und Publikationen, die in den letzten Wochen zu verschiedenen Themen erschienen sind. Es ist schon ein starkes Stück, was sich hier einer der prosperierenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland, die Automobilindustrie, leistet. Ich habe von den gleichen Leuten Anfang Mai 1985 gehört, die Einführung des Katalysatorautos sei gleichsam eine Katastrophe. Heute, wenige Jahre danach, ist es der Export-schlagler Nummer 1! So sieht doch die Wirklichkeit unserer Wirtschaft aus!

Ich sage es noch einmal: All die genannten Reformwerke sind unaufschiebbar, weil uns nicht viel Zeit bis Ende Dezember 1992 bleibt. Der europäische Raum ohne Binnengrenzen wird dann von seiner wirtschaftlichen Leistungskraft her der wichtigste Markt der Welt sein. Seine Vollendung ist in der Tat ein epochales Ereignis. In diesem neuen Umfeld können wir unseren Platz, den Standort Bundesrepublik Deutschland, für die 90er Jahre nur dann sichern, wenn wir — wie Ludwig Erhard sagen würde — nicht über unsere Verhältnisse leben. Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, müssen wir bereit sein, Strukturen an die veränderten Bedingungen anzupassen. Es geht um die Konkurrenzfähigkeit unserer Produkte und unserer Dienstleistungen.

Wir haben 40 Jahre lang hart für den Spitzenplatz gearbeitet, den wir heute innehaben. Wenn wir die Lage nüchtern analysieren, können wir gelassen feststellen: Wir werden uns nicht übermäßig anstrengen müssen, um diesen Platz zu halten, sofern wir nur heute die richtigen Entscheidungen über die notwendigen Anpassungen treffen. Andere mögen ruhig am Wegesrand zurückbleiben — es war immer Sache der Christlichen Demokraten, vorauszudenken und die notwendigen Entscheidungen zur Zukunftsge-

staltung herbeizuführen, auch wenn sie zunächst unpopulär waren.

Liebe Freunde, ich möchte heute davon absehen, über die Außen- und Sicherheitspolitik zu sprechen. Ich will nur kurz feststellen, daß wir nach menschlichem Ermessen allen Grund haben, im Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik mit einem guten Gefühl in das Jahr 1990 zu gehen. Jeder von Ihnen kann das leicht nachvollziehen. In unserer Regierungszeit ist die Allianz wieder stabil geworden. Die Beziehungen zu den USA und die Beziehungen zu Frankreich sind gleichermaßen ausgezeichnet. Wir haben einen wichtigen Beitrag geleistet, damit EG-Europa vorankommt: Die deutsche Präsidentschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres war ein großer Erfolg.

Im Ost-West-Verhältnis sind die Dinge in Bewegung gekommen. Gewiß waren wir hier nicht diejenigen, die die Hauptentscheidungen zu treffen hatten. Aber wir haben wichtige Beiträge geleistet! Erinnern wir uns, welche Diskussionen — auch in Teilen unserer Partei — es vor einem Jahr angesichts meiner Entscheidung zur Pershing I a gab. Längst hat sich diese Entscheidung als ein entscheidender Durchbruch erwiesen!

Auch auf dem Feld von Rüstungskontrolle und Abrüstung haben wir Wort gehalten. „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ — das war der Leitsatz, mit dem wir in die Bundestagswahl 1983 gingen und dann dieses schwierige Jahr bis zum Herbst 1983 mit der Stationierungsdebatte durchstanden. Erinnern Sie sich noch an die Diffamierungen, denen wir ausgesetzt waren?

Im Frühjahr konnte ich im Landtagswahlkampf in Heilbronn erklären, daß im Herbst dieses Jahres die Pershing-Raketen von dort abgezogen würden. Wir haben Wort gehalten! In der vorletzten Woche ist diese Entscheidung getroffen

worden. Es ist genauso gekommen, wie wir es gesagt hatten.

Ich will hier heute auch ein Thema ansprechen, das uns im Menschlichen berührt und das mit der Außenpolitik zusammenhängt: Ich meine das Thema „Aussiedler“.

Wir werden in diesem Jahr rund 200 000 Aussiedler bei uns begrüßen können. Es sind Deutsche, die aus der Sowjetunion, aus Polen und aus Rumänien kommen.

Nach allem, was wir wissen, werden in den nächsten Jahren — ich denke einmal in der zeitlichen Dimension dieser Legislaturperiode — noch einige Hunderttausende folgen.

Mich erreichen dazu viele Briefe, sehr viele mit Zustimmung, leider aber auch solche, die kaum erträglich sind. Es gibt ein Stammtischgeschwätz, das etwas mit der Bequemlichkeit, mit der Sattheit in unserer Bundesrepublik Deutschland zu tun hat, das aber auch vielfach aus der menschlichen Natur kommt. Unmutsäuberungen gab es auch früher schon — etwa 1939, als die ersten Flüchtlinge aus der Pfalz ins Rechtsrheinische kamen, oder bei der Verlagerung der Bombengeschädigten, und später bei den vielen Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen.

Um so wichtiger ist es, daß wir nicht vergessen, um was es hier geht. Es geht zunächst um die Solidarität mit Deutschen.

Wenn wir als Partei der Solidarität und der solidarischen Gerechtigkeit etwa gegenüber Ausländern und in den Grundfragen der Asylgewährung das Prinzip Menschlichkeit für das Entscheidende halten, gilt dies selbstverständlich auch für den Umgang mit unseren deutschen Landsleuten.

Diejenigen, die jetzt aus Rumänien zu uns kommen — oft aus Familien, die seit Hunderten von Jahren dort ansässig waren — und damit ihre Heimat verlie-

ren, haben unsere Sympathie und unsere Zuneigung verdient. Sie sahen sich dort dem Versuch ausgesetzt, ihre Identität als Deutsche zu zerstören.

Diejenigen, die aus Polen zu uns kommen, haben ein Recht auf unsere Solidarität. Wir müssen ihnen helfen, und da kann es keine Rolle spielen, ob die Kinder dieser Deutschen die deutsche Sprache beherrschen oder sie hier erst erlernen müssen. Ebenso ist es unsere Pflicht, daß wir für die Deutschen, die weiter dort leben, eintreten: für ihre Sprache, für ihre Religionsausübung, für die Achtung ihrer Menschenrechte.

Ich denke an jene, die aus Rußland und anderen Teilen der Sowjetunion kommen. Da gibt es wiederum welche, die aus Familien kommen, die seit Hunderten von Jahren in Rußland gelebt und die ihre deutsche Identität bewahrt haben. Wenn in diesen Tagen zum erstenmal in einer sowjetischen Zeitung, die überdies vom Zentralkomitee mitherausgegeben wird, die Frage des Unrechts gegenüber den Wolgadeutschen unter Stalin angesprochen wird, dann begrüße ich das.

Wenn nun Menschen aus dieser Gruppe — oder auch Landsleute, die mehr oder minder zufällig in den letzten Tagen des Krieges oder kurz nach dessen Ende irgendwo aufgegriffen und in fernste Provinzen der Sowjetunion verschleppt wurden — zu uns in die Bundesrepublik Deutschland kommen wollen, dann sind sie uns herzlich willkommen. Das ist doch ganz selbstverständlich!

Es wäre eine Schande für uns alle, wenn unsere Generation nicht jene Kraft aufbrächte, die die Gründergeneration der Republik — unter viel, viel schwierigeren Bedingungen als heute — bei der Aufnahme von über 12 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen bewiesen hat.

Ich finde, auch das gehört ins Bild: Wir sollten bei alledem nicht vergessen, wel-

ches Zukunftskapital diese Bürger für uns bedeuten. 75% von ihnen sind zwischen 20 und 45 Jahre alt. Sie sind bereit, etwas zu leisten. Sie wollen arbeiten. Sie werden sicherlich mit dazu beitragen, den Wohlstand und die soziale Stabilität unseres Landes zu mehren. Und sie werden mit der Zahl der Kinder, die sie mitbringen, auch dazu beitragen, das Problem der demographischen Entwicklung zu mildern. Diese Aussiedler sind keine Last, sondern in Wahrheit eine große Chance!

Es geht bei alledem aber nicht nur um die — gewiß wichtigen — politisch-organisatorischen Fragen wie das Sprachproblem, die Unterbringung in Wohnungen oder die Frage der Arbeitsplätze. Das Entscheidende wird sein, ob wir die geistig-moralische Kraft aufbringen, diesen Deutschen ein Stück Geborgenheit zu vermitteln, ihnen eine neue Heimat zu schenken.

Hier ist auch unsere Partei in besonderem Maße gefordert. Wir müssen mit sozialer Phantasie an diese Frage herangehen. Ich frage beispielsweise, inwieweit sich die Kreisverbände hier engagieren könnten:

— etwa durch Gründung von Gesprächs- und Patenschaftskreisen, in denen sich die Aussiedler regelmäßig mit CDU-Mitgliedern und -Freunden treffen und Bekanntschaften schließen können;

— oder durch Benennung von Ansprechpartnern, die ihnen zum Beispiel helfen, beim Gang zu Behörden Formalitäten vernünftig zu erledigen;

— oder — gemeinsam mit den Aussiedlern — die Durchführung von Veranstaltungen, auf denen Vorurteile bei den einzelnen Bürgern abgebaut werden und in der Öffentlichkeit um Verständnis für die Belange dieser Deutschen geworben wird.

Wir sagen mit Recht: Wir sind die Partei, die sich den Menschen und ihren konkre-

ten Problemen zuwendet. Das ist eine große Chance für uns. Mein Appell an Sie alle ist: Helfen Sie mit, daß wir diese Chance nutzen.

Meine Damen und Herren, für uns als Christliche Demokraten setzt eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht voraus, daß es den Familien gutgeht. Ich habe es früher immer wieder gesagt, und ich will es heute wiederholen: Als wir von der Jungen Union in den Jahren 1946, 1947, 1948 angingen, da hatten wir unter dem Werbe- und Informationsmaterial eine für mich unvergeßliche Schrift mit der Überschrift „Eine gesunde Familie ist die Voraussetzung eines gesunden Staates“. Ich finde, das ist heute noch so progressiv, daß wir gar nichts Neues zu erfinden brauchen: Das genau ist das Kernstück unserer Gesellschaftspolitik.

Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft. Sie ist Lebens- und Erziehungsgemeinschaft. Sie ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und der Sinnvermittlung. Sie vermittelt grundlegende Werte des Zusammenlebens: Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe zu den Kindern, Solidarität zwischen den Generationen, Mitgefühl und Solidarität mit den Schwachen. Politik für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht ist daher nach unserem Verständnis immer auch Politik für die Familien.

Wir haben 1982 damit begonnen, das wiedergutzumachen, was die Vorgängerregierung an Fehlern und Versäumnissen begangen hatte: Wir haben die Familie aus dem Abseits herausgeholt und sie wieder in den Mittelpunkt gestellt. Unser Ziel ist und bleibt: Wir wollen ein familien- und kinderfreundliches Land sein — und, wo nötig, wieder werden. Das ist der wohl entscheidendste Beitrag zu mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft.

Wir haben in diesen Jahren vieles erreicht. Niemals zuvor in der Geschichte

der Bundesrepublik Deutschland ist in so kurzer Zeit so viel zugunsten der Familie durchgesetzt worden. Ich nenne wieder einmal die Stichworte, weil sie bei den meisten inzwischen in Vergessenheit geraten sind:

- Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie,
- Erhöhung der Kinderfreibeträge im Steuerrecht und Kindergeldzuschlag,
- Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, Verkürzung der Wartezeit in der Rentenversicherung von 15 auf 5 Jahre,
- die Bundesstiftung „Mutter und Kind“,
- Berücksichtigung von Kindern bei der Höhe des Arbeitslosengeldes,
- Wiedereinführung des von der SPD abgeschafften Kindergelds für arbeitslose Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren,
- das Baukindergeld und Sonderleistungen für Alleinerziehende.

Der nächste Teil unseres Familienpakets tritt mit der dritten Stufe der Steuerreform in Kraft: am 1. Januar 1990. Insgesamt — bitte tragen Sie diese Zahl auch in die Öffentlichkeit hinaus — fließen damit ab 1990 über direkte Sozialleistungen und Steuererleichterungen ca. 16,5 Milliarden DM **mehr** an die Familien als noch 1985. Das ist soziale Gerechtigkeit für viele!

Liebe Freunde, das ist auch ein klarer Beweis für den Grundkonsens, den wir in dieser Frage haben.

Wir werden bei diesen Entscheidungen nicht stehenbleiben. In der Familien- und Sozialpolitik stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen. Der Bundesausschuß wird dazu heute wichtige Beschlüsse fassen. Er wird mit seinen Beschlüssen deutlich machen, daß wir weiter in Richtung auf die von uns angestrebte Gesellschaft mit menschlichem Gesicht gehen.

Wir werden heute zukunftsweisende Antworten zu geben haben etwa auf Fragen wie

- die Schaffung besserer Bedingungen für ein Leben mit Kindern,
- die Neubewertung und Anerkennung von Familienarbeit,
- die bessere Unterstützung der Alleinerziehenden und ihrer Kinder;
- wir werden uns mit besonderen Anliegen der älteren Mitbürger zu beschäftigen haben, etwa mit der Frage, wie ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben in Selbstständigkeit, Sicherheit und Geborgenheit gestärkt werden kann,
- und wir werden uns den Fragen des menschlichen Miteinanders mit Kranken, mit Behinderten und Pflegebedürftigen zuwenden.

Aus dem Kreis der Partei sind dazu viele Anregungen eingegangen, über die wir miteinander diskutieren.

Liebe Freunde, ich sage es noch einmal: Gütesiegel unserer Gesellschaftspolitik sind Solidität **und** Solidarität. Wir waren und sind uns stets bewußt, daß Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine Einheit bilden; denn wir wissen, daß eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit den sozialen Frieden verfehlt und zu ökonomischen Verlusten führen muß. Wir wissen aber auch, daß sich eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit selbst ihres Fundaments beraubt. Auch in der Sozialpolitik gilt der Satz: Wir können das Geld erst ausgeben, wenn wir es vorher verdient haben!

Weil wir dieses eherne Gesetz, diesen eigentlich selbstverständlichen Grundsatz beachten, begrüße ich es auch, daß wir im Rahmen unserer Beratungen heute auch einige Prinzipien des Grundsatzprogrammes bekräftigen wollen. Dabei möchte ich als wichtige Leitlinien, an denen wir weitere Fortschritte in der

Gesellschaftspolitik ausrichten, vor allem drei nennen:

— **Erstens:** Soziale Ordnungspolitik verbindet Humanität und Wirtschaftlichkeit, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit miteinander.

— **Zweitens:** Die Verwirklichung der Freiheit bedarf auch der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.

— **Drittens:** Sozialpolitik muß sich gerade auch in Zeiten knapper Mittel bewähren.

Beim Ausbau unseres Sozialstaats wird es in Zukunft verstärkt darauf ankommen, neue Elemente und vor allem auch das ehrenamtliche Engagement einzubeziehen. Das setzt bei uns allen den Mut voraus, Prioritäten zu setzen, auch Besitzstände in Frage zu stellen, Leistungen auf wirkliche Notlagen zu konzentrieren — und nicht zuletzt den Mut, auf die Übernahme mancher Aufgaben, jedenfalls durch den Staat, zu verzichten und damit gelegentlich vorhandene Erwartungen zu enttäuschen.

Denn auch in der Sozialpolitik gilt es, neben den finanziellen auch die ordnungspolitischen Grenzen zu beachten. Ich will das an **zwei Beispielen** deutlich machen:

— Im Bereich der **häuslichen Pflege** werden wir im Rahmen des Gesundheitsreformgesetzes die von den Krankenkassen zu finanzierenden Pflegeleistungen oder ein Pflegegeld sowie den Pflegeurlaub einführen. Damit tun wir einen weiteren notwendigen Schritt zur Verbesserung der Lage der Pflegenden und der Pflegebedürftigen.

Viele erwarten mehr: Sie erwarten die Finanzierung einer sogenannten „aktivierenden häuslichen Pflege“ bis hin zur vollen rentenrechtlichen Absicherung des Pflegepersonals.

Ich sehe dafür zur Zeit einfach keine Möglichkeit. Bei allem, was wir hier in Zukunft an weiteren Fortschritten ins Auge fassen können, müssen wir uns immer auch die Frage stellen, inwieweit stärkeres staatliches Engagement familiäres und ehrenamtliches Engagement erlahmen läßt. Hier, liebe Freunde, können wir sehr leicht in eine Sackgasse geraten; denn gerade im Pflegebereich werden wir immer auf den Einsatz der Familie und auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen bleiben — und das ist ja auch gut so.

— Ich weiß, wie Sie alle, um die Not vieler **Sozialhilfeempfänger**, vor allem um die Lage älterer Alleinstehender. Einer weiteren Ausgestaltung unseres insgesamt vorzüglichen Sozialhilfesystems sind aber — gerade im sozialen Rechtsstaat — Grenzen gesetzt: Liebe Freunde, wenn Sozialhilfe das übersteigt, was ein Arbeitnehmer unterer Lohngruppen monatlich netto für sich und seine Familie zur Verfügung hat, dann sind die Dinge nicht mehr in Ordnung. Auch das muß man klar aussprechen.

Die Beispiele zeigen: Aus dem ordnungspolitischen Grundsatz der Verbindung von Humanität, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftlichkeit folgt, daß wir in der Sozialpolitik nur Schritt für Schritt und vor allem nur im Hinblick auf das Ganze vorankommen können. Das muß auch bei der Formulierung programmatischer Forderungen sichtbar bleiben.

Ich will noch auf einen weiteren wichtigen Punkt hinweisen. Wenn wir in unseren Beschlußvorlagen davon sprechen, daß wir „ohne Erhöhung des Gesamtaufwandes mehr Gerechtigkeit“ durchsetzen wollen, dann heißt das eben auch, einzelne Leistungen auf Grund veränderter sozialer Bedingungen in Frage zu stellen. Das wird häufig — auch bei unseren Diskussionen — übersehen. Deshalb darf ich

Sie sehr herzlich bitten, vor allem auch unserem Freund Norbert Blüm bei der Durchführung seiner schwierigen Reformvorhaben im Gesundheits- und Rentenbereich Rückhalt zu geben. Wir werden die Zukunft nur gewinnen können, wenn wir zu solchen Entscheidungen fähig sind.

Liebe Freunde, über derartige Fragen werden wir auch in den nächsten Tagen im Zusammenhang mit dem 9. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes zu diskutieren haben. Die Bundesregierung hat mit ihrer konsequenten Politik maßgeblich dazu beigetragen, daß in den letzten Jahren über 800000 neue Arbeitsplätze entstehen konnten. Wie gesagt: Die anhaltend hohe Zahl der neu in das Erwerbsleben eintretenden Personen hat einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit verhindert; dieses Problem bleibt für uns eine zentrale Herausforderung. Bei dem zügigen Ausbau der Arbeitsmarktpolitik ist es in Einzelbereichen — auch das darf man nicht verschweigen — zu Mitnahmeeffekten gekommen, die nicht unerheblich das Ziel beeinträchtigen, Leistungsfähigkeit und berufliche Qualifikation des einzelnen zu sichern. Auch müssen wir erneut die Frage nach der Zumutbarkeit angebotener Arbeit stellen; denn jeder arbeitslose Leistungsempfänger, der eine angebotene Arbeit ablehnt, schmälert die Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik und damit die Hilfe für andere.

Meine Damen und Herren, ich weiß, es gibt bei uns, was das Ansprechen dieser Dinge betrifft, ein gewisses Zögern wegen des damit verbundenen Risikos, diffamiert zu werden. Aber schauen Sie einmal in unsere Nachbarländer — gerade auch solche, wo Sozialisten in der Regierungsverantwortung stehen: dort findet diese Diskussion ebenfalls statt.

Die Überprüfung der Ernsthaftigkeit der Arbeitssuche ist, wie ich weiß, häufig

schwierig. Wenn jedoch beispielsweise von 783 arbeitslos gemeldeten Lehramtsbewerbern 172, also 22 %, ein Angebot auf eine volle Planstelle im öffentlichen Dienst ablehnen, wie dies kürzlich in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, so wirft dies ein Licht auf ein Thema, über das wir diskutieren **müssen**.

Natürlich, liebe Freunde, sollten wir uns — und ich tue dies hier auch — vor einer Verallgemeinerung hüten: Den wirklich Betroffenen muß unsere ganze Sympathie und Hilfsbereitschaft gelten. Natürlich gibt es in Nordrhein-Westfalen Lehramtsbewerber, die von Aachen nach Bielefeld zu Fuß laufen würden, um ihre Stelle antreten zu können. Mit dem Beispiel will ich nur zeigen — und dies ist wichtig —, daß die globale Arbeitslosenzahl eben wenig aussagekräftig ist, daß sich hinter diesen Zahlen völlig unterschiedliche persönliche Situationen verbergen, die — was die unmittelbare Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit anbetrifft — gar nicht miteinander vergleichbar sind.

So sieht es doch im Alltag unserer Abgeordneten-Kollegen aus, und zwar quer durch die Bundesrepublik Deutschland: Zunächst wird einem, der am Freitag um 17.00 Uhr aus Bonn zu Hause eintrifft und mit der Kreishandwerkerschaft ein Gespräch führt, vorgehalten, das Handwerk bekäme nicht die benötigten Arbeitskräfte; und wenig später, um 20.00 Uhr, hat er sich dann auf einer öffentlichen Versammlung im gleichen Ort zum Thema „Massenarbeitslosigkeit“ zu äußern.

Ich finde, wir helfen den betroffenen Menschen am besten, wenn wir fähig sind, ganz ruhig und ohne Demagogie ein Gespräch über die wirkliche Situation zu führen. **Daraus** können wir hilfreiche Lösungen für die Zukunft erwarten.

Bei allen Bemühungen um den Ausbau unseres Sozialstaates ist eines klar: Eine

Gesellschaft mit menschlichem Gesicht ist weit mehr als nur eine Frage des Geldes. Sie hat viel mit Nächstenliebe, mit persönlichem Engagement zu tun. Deshalb sollten wir alle im Land ermutigen, nicht nur zu fragen „Wer hilft mir?“, sondern auch „Wem helfe ich?“

Eine Gesellschaft — unsere Gesellschaft — beweist ihre Humanität, wenn viele ihren Dienst am Nächsten leisten: wenn sie auch für andere da sind und nicht nur für sich selbst.

Liebe Freunde, jeder erkennt: Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Wir haben die Weichen zu stellen: für den Rest des Jahrhunderts und für das beginnende neue Jahrhundert. Diese Aufgabe ist durchaus mit dem zu vergleichen, was wir Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre zu vollbringen hatten: Es geht erneut um die Zukunft unserer Bundesrepublik Deutschland.

Ich glaube, wir haben auch die Chance, sie im Blick auf die Wahlentscheidungen in den nächsten Jahren zu mobilisieren. Die meisten Menschen verstehen sehr wohl, daß es mit unserem Wohlstand nicht „von allein“ so weitergeht wie bisher. Die Rechnung, die da lautet: „Wir wollen immer weniger arbeiten und gleichzeitig immer besser leben“ — sie kann nicht aufgehen. In Wahrheit muß es heißen: „Zukunft ist wichtiger als Freizeit, und wir müssen uns anstrengen, damit uns die Zeit nicht davonläuft.“

Ich weiß um den Zeitdruck, der entstanden ist; ich habe das offen angesprochen. Ich weiß, daß der vor uns liegende Weg alles andere als bequem ist. Ich weiß, daß wir auch einen Kampf gegen einen Teil der veröffentlichten Meinung, der dieser Politik nicht nur verständnislos, sondern sogar feindselig gegenübersteht, zu bestehen haben. Ich weiß, daß die Sozialdemokraten einen anderen Weg wollen.

Liebe Freunde, wenn wir jetzt zulassen, daß die Ängste der Menschen mißbraucht werden, wenn wir nicht mehr fähig sind, zum Leben Ja zu sagen, dann werden wir keine Zukunft haben. Jeder von uns, der sich — in welchem Bereich auch immer — politisch engagiert, der weiß, daß er oft Grund hat zu verzweifeln, daß er oft Grund hat zu sagen: „Warum tue ich dies alles?“

Ich finde, es lohnt sich, für unser Land zu arbeiten. Es lohnt sich, auf der festen Grundlage unserer Prinzipien, die in vielen Jahrzehnten erarbeitet wurden, Frieden und Freiheit zu bewahren — auch wenn viele in diesen Tagen meinen, daß ein neues Zeitalter schon angebrochen und daß die Verteidigung von Frieden und Freiheit gar nicht mehr notwendig sei.

Die Prinzipien Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit waren immer unsere Interpretation gelebter Sozialer Marktwirtschaft. Die Bundesrepublik Deutschland wird im nächsten Jahr 40 Jahre alt. Es waren alles in allem 40 gute Jahre. Es waren Jahre, die möglich waren wegen des Engagements von vielen Millionen Männern und Frauen in allen demokratischen Parteien und nicht zuletzt wegen des Beitrags Christlicher Demokraten.

Die Bundesrepublik hat in diesen 40 Jahren schwere Stürme überstanden, und sie wird — dessen bin ich sicher — auch in Zukunft Stürme bestehen können. Die CDU bleibt dabei eine der großen Säulen unserer Republik. Sie ist wahrlich keine Schönwetterpartei: Sie hat in kritischen Zeiten der Geschichte unseres Landes die richtigen Markierungen aufgestellt, und das bleibt unsere Pflicht.

Ich bitte Sie alle, dabei mitzuhelfen, denn gemeinsam werden wir dies auch schaffen.

Rita Süßmuth:

Entscheidend ist was wir für die Familien tun

Herr Vorsitzender! Liebe Delegierte! Ich möchte gern kurz Stellung zu dem Kern dessen nehmen, was uns heute beschäftigt. Politik für eine menschliche Gesellschaft geht uns alle an. Die Verpflichtung, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern, erwächst nicht allein aus Artikel 6 des Grundgesetzes, sondern ist anthropologisch begründet. Ich nenne hier unser Personen-Verständnis. Mutter und Vater zu sein sind unverwechselbare menschliche Rollen. Zu diesem Verständnis gehört, daß Kinder auf Eltern angewiesen sind, daß wir zugleich aber auch fähig und verpflichtet sind, personelle und soziale Verantwortung für Kinder, aber auch für ältere Familienangehörige zu übernehmen.

Nicht zu Unrecht sprechen viele Experten davon, daß die Familie in eine prekäre Lage geraten ist. Sie, die nach wie vor die autonomste Solidargemeinschaft ist, in der Selbsthilfe und Miteinander praktiziert werden, leidet heute darunter, daß die Gesellschaft in hohem Maße „familiäre Rücksichtslosigkeit“ praktiziert. Die Gründe für die schwierige Situation der Familie sind vielschichtig. Sie liegen in der mangelnden Anerkennung der familialen Leistung, im Ignorieren der Belange von Kindern, aber auch darin, daß den Leistungen von Frauen immer stärker verbal, aber nicht faktisch Rechnung getragen wird.

Die Familie, insbesondere die Familie mit mehreren Kindern, ist in unserer Gesellschaft immer mehr in eine Außen-

seiterrolle geraten. Nur noch 10 % aller Familien haben mehr als zwei Kinder.

Es wird so viel von alternativen Lebensformen gesprochen. Mir drängt sich der Eindruck auf, daß diese Bezeichnung heute am ehesten auf die Entscheidung für die Mehrkinderfamilie zutrifft. In ihr wird am wenigsten gefragt, wie man den materiellen Wohlstand steigern kann, sondern was man miteinander erleben, was man füreinander tun kann.

Lassen wir nicht aus dem Blick: 24 % der Ehepaare in der Bundesrepublik leben ohne Kinder. Ein Drittel der Kinder wird bei uns nach dem 30. Lebensjahr der Mutter geboren. Eine kinderarme Gesellschaft verliert an Zukunftsfähigkeit. Deshalb haben die Fragen nach der Zukunft der Familie kein geringeres Gewicht als die Fragen nach der Zukunft der Technik und der Umwelt, vor denen wir stehen. Ich möchte sogar sagen, die Fragen nach der Zukunft der Familie sind als vorrangig zu betrachten.

Wir stehen bei allem vor der Frage: Wie gestalten wir als Menschen unsere Zukunft?

Wir sollten nicht Gefahr laufen, uns in kurzfristigen Perspektiven und Lösungsansätzen zu verlieren. Das Denken in Generationen, das Denken in eine weitere Zukunft hinein ist Voraussetzung für die Gestaltung der Gegenwart und unserer unmittelbaren Zukunft.

Die CDU hat sich von ihren Anfängen bis heute durch eine engagierte Politik für die Familien ausgezeichnet. Gewiß haben wir uns auch immer wieder einmal darüber

gestritten, was nun vorrangig sei — die Wirtschafts- oder die Sozialpolitik. Ich halte diesen Streit für müßig, weil es nicht um Vorrang oder nachgeordnete Bedeutung, sondern um das Miteinander von Wirtschafts- und Sozialpolitik geht, und da gehört die Familie mitten hinein.

Wir haben nach einer langen Phase unverantwortlicher Vernachlässigung der Familien in den siebziger und noch frühen achtziger Jahren das Ruder wieder herumgerissen. Wir alle kennen das Leistungspaket, das ich hier noch einmal nennen möchte:

- Neueinführung der Kinderfreibeträge bzw. Kindergeldzuschlag,
- Erziehungsgeld mit dem Erziehungsurlaub sowie
- die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht als Meilenstein in der eigenständigen Alterssicherung der nicht erwerbstätigen Mütter und Väter.

Wir alle wissen, daß dies ein großer und wichtiger Anfang war. Dennoch sollten wir nicht aus den Augen verlieren, daß das Pro-Kopf-Einkommen einer Familie mit mehr als zwei Kindern verglichen mit kinderlosen Ehepaaren nur noch 38 % beträgt, und daß der Hauptteil der Unterhaltsaufwendungen für Kinder von den Familien selbst getragen wird: 87 %, wenn ein Kind da ist. Auch bei mehreren Kindern verringert sich die finanzielle Belastung nur wenig, so daß wir hier weiter voranzuschreiten haben.

Wir wissen, daß uns ein Verfassungsgerichtsurteil ins Haus steht, bei dem es um die realitätsgerechte Besteuerung von Familien geht. Mir ist noch einmal wichtig, daß wir nicht so tun, als würden wir über Transferzahlungen den Familien besondere Wohltaten zukommen lassen. Es geht mir vielmehr darum, daß wir den Familien nicht nehmen, was ihnen zusteht.

Das ist im Grundsatz einer realitätsgerechten Besteuerung zu verankern.

Wir sollten auch daran denken, daß die Erhöhung des Kinderfreibetrages nicht zu nennenswerten Steigerungen für die Familie führt, weil damit lediglich die Auswirkungen der Tarifreform und des damit verbundenen Steuergrenzsatzes ausgeglichen werden. Unsere Beschlüsse in der Koalition stehen also durchaus in einem direkten Zusammenhang mit der Steuerreform.

Vergessen sollten wir auch nicht, daß das Kindergeld schon seit 1979 nicht mehr erhöht worden ist. Wenn wir nicht 1986 den Kindergeldzuschlag eingeführt hätten, hätte es über zehn Jahre lang keine Verbesserung gegeben. Auch deshalb ist das, was wir 1986 getan haben, als Meilenstein zu bezeichnen.

Bisher hat noch niemand in Mark und Pfennig ausgerechnet, wie teuer Folgen einer mangelhaften Familienpolitik sein können. Wir wissen, daß bereits heute die Sozialhilfesaufwendungen bei Heimpflege sechsmal so hoch liegen wie bei der Familienpflege. Wir werden deshalb auf unserem Weg der Förderung der Familie weiter gehen müssen, damit der heute noch bestehende Anteil häuslicher Pflege von 80 bis 85 % für unsere Familienangehörigen auch für die Zukunft beibehalten werden kann.

Es wäre eine Milchmädchenrechnung, nur aktuell zu betrachten, was für die Familien ausgegeben wird, ohne dabei auch einzubeziehen, was im Gesamthaushalt gespart werden kann, wenn wir die Dinge in der rechten Weise steuern.

Dabei unterstreiche ich, was der Bundeskanzler gesagt hat: Eine Gesellschaft, die nur noch darauf wartet, was der Staat für die Familien tut, muß sich fragen lassen, ob sie die Familien abgeschrieben hat. Entscheidend ist, was wir alle miteinander für die Familien tun und in welcher

Weise die Nachbarschaft, Arbeitgeber, Kirchen, Verbände, Selbsthilfegruppen für Familien eintreten. Manchmal erlebe ich — sei es bei Frauen, die sich in einem Schwangerschaftskonflikt befinden, oder bei älteren Menschen —, daß einfach nicht bemerkt wird, wie der Nachbar nebenan lebt, daß wir unaufmerksamer geworden sind und alles auf die Sozialbürokratie schieben.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Aspekt nennen. Wichtig ist auch, wie der Wirtschaftswissenschaftler Krüsselberg vor kurzem noch einmal deutlich gemacht hat, daß in den Familien ein Anteil von 1,6 Billionen DM vom Brutto-sozialprodukt erwirtschaftet wird. Dies findet in keiner Berechnung des Brutto-sozialprodukts seinen Niederschlag. Für Familien und die Anerkennung ihrer Leistung wäre es wichtig, daß wir solche Zahlen endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Alle reden von Arbeitszeitverkürzung mit und ohne Lohnausgleich. In den bundesdeutschen Haushalten werden pro Jahr 50 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Über diese Arbeit der Frauen in den Familien reden weder Gewerkschaften noch Arbeitgeber. Deshalb muß die CDU darüber reden, denn wir sind und bleiben die einzige politische Lobby der Familien.

Wenn wir die Familienpolitik fördern, dann investieren wir in die Menschen, investieren in den Tatbestand, daß die kleine Lebenseinheit Familie auch zukünftig und auf Dauer Menschenleben ermöglicht. Wenn Familienpolitik diese investive Kraft hat, dann kann die familienpolitische Diskussion nicht allein auf die Gestaltung des Familienlastenausgleichs konzentriert bleiben. Kinder und Familien brauchen, wie schon gesagt, mehr als materielle Leistungen. Es geht vor allem um eine kinder- und familienfreundliche Lebensumwelt. Dies ist nicht

nur eine Aufgabe für die Politik, sondern auch eine Aufgabe für Gewerkschaften und Arbeitgeber, für die Träger familienunterstützender Einrichtungen. Das fängt bei der Frage an, wie sehr wir Arbeitsleben, Betreuung und Bildungszeiten aufeinander abstimmen. Es sollte uns nicht schwerfallen, das zu leisten, was Nachbarländer wie Frankreich oder England uns seit langem vormachen.

Wir wollen beides für Männer und Frauen: Familie und Beruf, aber wir wollen, daß die Familie darunter nicht leidet. Unsere Lösung besteht nicht in Einheitsmodellen, nicht in einem 6-Stunden-Tag für Mann und Frau, nicht in einer direkt oder indirekt erzwungenen Erwerbsarbeit für beide Elternteile. Was wir wollen, ist mehr Wahlfreiheit, mehr Zeit für menschliche Zuwendung. Deswegen fordern wir Modelle wie mehr Teilzeitarbeit, wie Wiedereingliederung nach der Familienphase.

Eine familienfreundliche Gesellschaft ist aber auch eine Aufgabe der Eltern selbst. Sie hängt davon ab, ob sie ihren Kindern Raum für Phantasie, Kreativität, Spontaneität lassen, ob sie selbst bereit sind, Verantwortung und Autorität zu übernehmen, denn keine Familie kommt aus, ohne daß Eltern für ihre Kinder nicht nur Förderer, sondern auch Fordernde sind, daß sie persönliche Autorität in das Leben einbringen.

Insofern bauen wir mit einer vernünftigen Familienpolitik das Lebenshaus für die Menschen, in dem Platz für Familien und den Zusammenhalt der Generationen ist und angesichts dessen es für die Gesellschaft wieder selbstverständlicher wird, mit Kindern zu leben. Dies ist vielleicht unsere größte Herausforderung, weil wir genau dies in Teilen verlernt haben. Wir alle arbeiten an einer guten Familienpolitik, denn Familienpolitik ist Zukunftspolitik.

Norbert Blüm:

Eine Wirtschaft ohne soziale Rücksichten wäre unmenschlich, unwirtschaftlich und teuer

Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst einige allgemeine Vorbemerkungen zur Sozialpolitik machen, bevor ich mich verschiedenen konkreten Fragen zuwende. Es ist hier von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gesprochen worden. Ich glaube, das war unsere Linie, und sie muß es bleiben. Denn eine Wirtschaft ohne soziale Rücksichten wäre nicht nur unmenschlich, sie wäre sogar unwirtschaftlich, sie wäre teuer.

Der Volksmund wußte das immer: Das Kind aus dem Brunnen zu holen ist schwieriger, als den Brunnen abzudecken. Eine vorausschauende Sozialpolitik ist auch wirtschaftlich vernünftig! Andererseits bringt sich eine Sozialpolitik, die auf die Wirtschaft nicht Rücksicht nimmt, um die Quelle, aus der sie materiell schöpft. Insofern ist das eine Ehe auf Gedeih und Verderb.

Nur möchte ich die Sozialpolitiker gegen den oft unausgesprochenen Verdacht schützen, sie seien diejenigen, die sozusagen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung herfahren wie bei der Tour de France der Wagen, der diejenigen aufliegt, die nicht mehr mitkommen, gegen den Verdacht, sie sei eine nachträgliche Korrektur und so etwas wie Almosenpolitik. So habe ich mich nie verstanden, und so werde ich mich auch in Zukunft nicht verstehen. Armut ist — das ist auch etwas Neues — in einer Wohlstandsgesellschaft

möglicherweise nicht nur materieller Mangel; ich könnte mir eine Alterseinsamkeit vorstellen, die härter ist als eine geringe Rente. Ganz neue Armutsprobleme treten auf. Ein Mangel an Zuwendung wird auch durch Zuteilung nicht beseitigt.

Im übrigen ist auch das ein Grund, die Familien zu unterstützen. Wir werden alle Hände voll zu tun haben, und es wird eine Meisterleistung sein, die etablierten sozialen Sicherungssysteme zu erhalten, die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung; wenn es Zuwachs gibt, dann bei der Stützung der kleinen Kreise.

Wehren möchte ich mich auch gegen das Mißverständnis „je höher die Sozialausgaben, um so besser der Sozialstaat“. Sonst wäre ja das Ansteigen der Arbeitslosigkeit ein Beitrag dazu, den Sozialstaat zu stärken!

Noch treffender das aktuelle Beispiel — beide sind aktuell — der Krankenversicherung. Niemand wird doch wohl sagen, die Gesundheit sei in den letzten 18 Jahren fünfmal besser geworden, weil die Ausgaben um das Fünffache gestiegen seien. Oder wenn im ersten Halbjahr dieses Jahres die Ausgaben für Hörgeräte um 22 % gestiegen sind, wird wohl niemand sagen, die Hörfähigkeit habe um ein Fünftel abgenommen, und nun komme der Sozialstaat und stelle die Hörfähigkeit wieder her. Sie sehen, materielle Kriterien können nicht der einzige Wegweiser sein.

Ich denke, daß wir uns auf neue soziale Herausforderungen einstellen müssen, die mit Geld allein nicht behoben werden. Deshalb unterstütze ich den Aufbruch für Familie.

Ich will noch eine zweite, möglicherweise so in früheren Zeiten nicht vorhandene Herausforderung der Sozialpolitik schildern. Es nützt ja nichts, sich auf Erfolgen von gestern auszuruhen. Nicht alles, was gestern erfolgreich, verdienstvoll war, muß es auch in Zukunft sein. Sozialpolitik war Schutzpolitik: Schutz vor Ausbeutung. Es könnte sein, daß sich eine ganz neue Ausbeutung in das Sozialsystem schleicht: nicht mehr die Ausbeutung von oben, sondern möglicherweise von nebenan. Die Cleveren auf Kosten der Malocher — auch das wäre Ausbeutung. Deshalb muß sich unsere Sozialpolitik auch davor schützen, daß sie Prämien für das Nichtstun einbaut;

denn sonst müßten wir immer überprüfen, aus welchen Gründen jemand nicht arbeitet. Der Polizeistaat wäre die Folge, um diese Frage befriedigend zu beantworten.

Bei allem, was wir an sozialer Hilfe mobilisieren — ich bin dafür und kämpfe dafür —, muß gelten: Lohnersatz muß immer ein bißchen niedriger sein als Lohn; denn sonst ist in das System die Versuchung eingebaut, sich auf Kosten anderer — ich sage noch einmal: der Fleißigen — einen guten Tag zu machen.

Die Unterdrückung braucht nicht wie in alten Diktaturen daherzukommen. Vielleicht gibt es neue Formen der Unterdrückung: als allzuständige Betreuung, die den Menschen einredet, für alle Probleme seien andere zuständig. Das könnte auch Unterdrückung sein.

Neue Herausforderungen für die Freiheit: Sehen Sie nicht auch in der Krankenversicherung, daß da geradezu die

wohltemperierte Gesellschaft trainiert wird? Abends Tabletten zum Einschlafen, morgens Tabletten zur Vitalisierung. Wir werden in eine Gleichgewichtslage gebracht, in der wir jeder Herausforderung enthoben sind.

Insofern denke ich, daß wir in der Sozialpolitik die Aufgabe haben, die alten Sozialsysteme zu stabilisieren, aber auf neue Fragen auch neue Antworten zu geben. Ich sehe das Unterscheidungszeichen zwischen Sozialdemokraten und uns nicht so sehr hinsichtlich der etablierten Sozialsysteme, sondern darin, die neuen Lücken zu besetzen, ohne den alten Schutz aufzugeben. Die neuen Lücken — das ist Familie, das ist die Stärkung der kleinen Kreise.

Nun aber zu den ganz konkreten Fragen. Ich will mich da auch etwas gegen den Verdacht schützen, als wären wir hirnlose Pragmatiker, nur mit der Feuerwehrspritze durch den Sozialstaat laufend, von Prinzipien nur eine Erinnerung. Ich bleibe dabei: Die großen Prinzipien des Sozialstaates, die großen Prinzipien der Sozialtradition in der christlichen Soziallehre waren und sind Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, und das keineswegs nur auf den Staat beschränkt. Aber ich bleibe dabei, daß sie nicht miteinander vermengt werden können. Wenn ein Problem durch Gerechtigkeit gelöst werden kann, dann sollten wir nicht den Versuch unternehmen, Gerechtigkeit durch Barmherzigkeit zu verdrängen.

Ich bin keineswegs für einen Barmherzigkeitskommissar oder für ein Amt für Barmherzigkeit. Aber es bleibt dabei, daß wir das Instrument Fürsorge trennen müssen vom Instrument Leistungsgerechtigkeit.

Wir führen die Diskussion über die Rentenversicherung in der nächsten Woche. Ich will hier schon ankündigen: Ich werde mit allen Kräften das Leistungs-

prinzip in der Rentenversicherung verteidigen.

Wenn mich einer fragt, wo denn meine Eckpunkte seien, kann ich Ihnen sagen: Mein Eckpunkt ist das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1987. Da heißt es: „Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Der enge Bezug zwischen Leistung und Gegenleistung bleibt auch in Zukunft ein Grundsatz unseres Rentenrechts.“ Mit dem bin ich, mit dem sind Sie in den Wahlkampf gezogen. Versprochenes wird gehalten. Wir können zwischen den Wahltagen nichts anderes als im Wahlkampf sagen; ich jedenfalls nicht.

Ich verteidige das lohnbezogene System. Prognostisches Übersoll will und kann ich nicht leisten. Wenn mich einer fragt, wie das Erwerbsverhalten der Frauen im Jahre 2010 ist: Ich weiß es leider nicht. Wenn mich einer fragt, wie das Bevölkerungsverhalten im Jahre 2015 ist: Selbst mein Sohn weiß das nicht, obwohl er sich daran beteiligen wird, wie ich hoffe.

Wenn mich einer fragt, wie die Wanderungsbewegungen im Jahre 2005 sind: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Deshalb warne ich uns, Politik durch Prognosen zu ersetzen.

Wenn ich es richtig sehe: Im Herbst vergangenen Jahres haben wir eine Prognose über den Wirtschaftsverlauf 1988 gemacht. Sie ist im Januar bezweifelt und im Juli übertroffen worden. Das bezog sich auf ein Jahr, nicht auf 50 Jahre. Was wir brauchen, ist ein System, das auf alle Variablen im Regelkreis antwortet, ein sich selbst steuerndes System. Wir können keine Planwirtschaft in die Rentenversicherung einführen.

Ich will auch das Bedürfnis nach prinzipieller Antwort in der Krankenversicherung befriedigen. Da geht es wiederum um ein Begriffspaar, wie ich überhaupt glaube, daß sich eine Politik der Mitte

durch Ausgewogenheit auch in dem Sinne auszeichnet, daß sie zwischen verschiedenen Prinzipien abwägen muß. Da unterscheiden wir uns von extremen Positionen. Wir müssen in der Krankenversicherung die beiden Prinzipien Selbstverantwortung und Mitverantwortung in eine neue Balance bringen. Es ist das uralte christliche Menschenbild, daß der Mensch nicht nur Einzelwesen ist — wie der Liberalismus glaubt —, sondern auch Sozialwesen, nicht nur Sozialwesen — wie der Sozialismus glaubt —, sondern auch Individualwesen. Deshalb müssen die Verpflichtungen aus den beiden Naturen des Menschen, der individuellen und der sozialen, immer neu eingependelt werden. Da geht es um eine neue Abgrenzung von Selbstverantwortung und Mitverantwortung.

Wir brauchen Solidarität, aber die Frage ist: Was muß der Staat solidarisch absichern? Darauf antworte ich: Er kann und soll nicht alles, was gesundheitspolitisch erwünscht ist, mit Zwangsbeiträgen absichern; sonst müßten wir konsequenterweise auch das Müsli aus dem Reformhaus mit dem Krankenschein bezahlen. Das ist nämlich auch ein Gesundheitswunsch. Die Gesundheitswünsche wachsen doch. Mit wachsendem Wohlstand wachsen auch die Bedürfnisse hinsichtlich der Gesundheit. Aber das heißt doch nicht, daß wir ihnen mit Pflichtsystemen folgen.

Deshalb: Die Krankenversicherung ist für das Notwendige zuständig. Wer krank ist, soll geheilt werden. Wir müssen uns darauf verständigen, auf was verzichtet werden muß, was im 19. Jahrhundert noch unverzichtbar war. Konzentration auch in dem Sinne, daß wir Festbeträge einführen und dadurch Wettbewerb auslösen.

Ich will darauf aufmerksam machen: Selbst bei stabilen Beiträgen wachsen die

Einnahmen der Krankenversicherung. Die müssen keineswegs am Hungertuch nagen. Mit den Löhnen wachsen bei gleichbleibenden Beiträgen die Einnahmen um 3 Milliarden DM pro Jahr. Das ist ein Fundus, aus dem sehr viel, auch medizinischer Fortschritt, finanziert werden kann.

Dieses System — daran muß doch mit einem bißchen mehr Mut, meine lieben Parteifreunde, auch die Bevölkerung erinnert werden; das weiß doch jeder — ist voller Verschwendung, ist voller Überversorgung. Die 3 Milliarden DM, die wir nach Aussagen von Fachleuten jährlich für Medikamente ausgeben und ungenutzt in den Mülleimer werfen, nehmen wir lieber für Pflege. Da sind sie besser aufgehoben.

14 Milliarden DM macht das ganze Sparpaket aus. Ein Geschrei in der Welt, als würden wir noch einmal von vorne beginnen. 14 Milliarden DM — das ist nichts anderes als das, was die Beitragszahler allein durch Beitragssatzsteigerungen 1988 mehr bezahlen müssen als 1984. Und hätte sich die Pharmaindustrie in ihren Herstellerpreisen seit 1982 so verhalten wie die übrige Industrie, dann brauchten wir heute 1,8 Milliarden DM weniger für Arzneimittel auszugeben. Das ist fast so viel, wie wir jetzt auf dem Arzneimittelmarkt sparen wollen.

Es geht in der Tat um den Mut zu neuen Prioritäten. Wir werden keine neuen Akzente setzen können, ohne auch alte Besitzstände aufzugeben.

Ich spare in der Krankenversicherung nicht zuletzt auch, um das zu ermöglichen, was bisher auf der sozialen Landkarte ein großer weißer Flecken ist: die Pflege. Fast die Hälfte des Sparpotentials wollen wir dafür einsetzen, und zwar gerade für diejenigen, die zu Hause pflegen. Die demonstrieren nicht, die sind auf keinem Marktplatz schreiend zu finden. Die müssen nämlich rund um die Uhr ihre Schwerstpflegebe-

dürftigen zu Hause pflegen. Aber wir können doch nicht Sozialpolitik nur für diejenigen machen, die demonstrationsfähig sind. Wir müssen Sozialpolitik für die Stillen im Lande machen.

Ich könnte das Thema weiterspinnen mit Freiheit in der Arbeit, Freiheit in neuen Arbeitszeitmaßen. Arbeit nach Maß heißt auch nach dem Maß des Menschen. Ein 60jähriger hat andere Arbeitszeitbedürfnisse als ein 20jähriger. Deshalb halte ich den Vorschlag einer Altersteilzeit für einen phantasiervollen Vorschlag. Macht nicht nur prinzipielle Politik auf der Höhe der Akademien. Versucht auch, eure Visionen in konkreten Vorschlägen unterzubringen.

Was mich nämlich wirklich stört — das soll mein Abschluß sein —, ist folgendes. Nach jetzt einigen Jahren in der Abteilung Sozialpolitik höre ich immer: Wo bleibt die Wende? Ich meine, die Verkehrslage ist da etwas unübersichtlich. In der Abteilung Entwürfe und Vorschläge ist die Straße vor mir verstopft. Mit Entwürfen und Einwürfen ist die Straße voll. Bei der Durchsetzung ist die Straße völlig leer. Da wackeln hinter mir nur ein paar Büsche, in denen sich gerade die Entwerfer verdrücken. Es ist nämlich leichter, Worte statt Besitzstände auszuwechseln. Was ich, auch von meiner Partei, einfordere: Diagnosen habe ich genug. Wir brauchen Therapien. Ich kenne Leute, die ständig Diagnosen erstellen. Was nützt Ihnen der schönste Röntgenapparat, wenn niemand den Blinddarm herausholt?

Ich meine, das ist eine Befindlichkeit unserer Republik: Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft. Das unterscheidet Sozialpolitik von früheren Zeiten. Unsere Entscheidungen stehen nicht mehr unter unmittelbaren Überlebenszwängen. Die Umstellung, die uns abgefordert wird, ist anders als zu Bismarcks

Gerhard Stoltenberg:

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bilden eine Einheit

Meine lieben Parteifreunde! Wir haben die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag in der letzten Woche mit Rückenwind geführt. Helmut Kohl hat den entscheidenden Grund heute noch einmal hervorgehoben. Die wirtschaftlichen Daten und Erwartungen haben sich im Laufe dieses Jahres grundlegend verbessert. Das ist nicht alles, aber es ist von entscheidender Bedeutung, wenn wir über den weiten Bereich politischer Aufgaben und heute vor allem über Gesellschafts-, Familien- und Sozialpolitik reden.

Unsere Politik hat hierzu einen maßgebenden Beitrag geleistet. Wir haben eine

wichtige, ja eine kostbare Verbindung von Wachstum und hoher Preisstabilität erreicht. Diese Kombination zu erhalten ist nach meiner Überzeugung die wichtigste soziale Aufgabe. Sie ist die Voraussetzung für dauerhaften sozialen Fortschritt. Inflationsraten wie in der Regierungszeit der SPD und soziale Politik schließen einander aus. Wir haben es erlebt. Wir dürfen es nie vergessen.

Dazu gehören auch eine stabile Währung und niedrige Zinsen. Das ist nur erreichbar, nur zu sichern bei Vertrauen in die Finanzpolitik, ihre Solidität, ihre Tragfähigkeit. Deshalb bleibt eine weitere konsequente Rückführung der immer noch über-

Zeiten, als es um eine unter Existenzdruck stehende Sozialpolitik ging. Eine unter Existenzdruck stehende Sozialpolitik muß dem Überlebenswillen Raum geben. Dieser Druck ist heute nicht vorhanden. Wir müssen ihn durch Vernunft ersetzen. Die Frage ist, ob Vernunft genug Lobby hat.

Wir haben es, behaupte ich, mit einem umherschweifenden Einfallsreichtum zu tun, dem die Fähigkeit mangelt, sich in Konzepten festzumachen. Tausend Einwände wie ein Feuerwerk. Aber sagt mir doch einmal, wie man es machen soll. Es nützt mir nichts, Einwände zu formulieren. Sagt mir, wie das Konzept heißt.

Eine Opposition hat es leicht. Sie kann sich den Luxus erlauben, Konzepte wie einen Steinbruch zu behandeln. Eine

Regierung muß die Fäden zusammenbringen. Sie kann nicht nur das Angenehme bieten. Sie muß den Mut zu Prioritäten haben. Sie muß fähig sein, zu sparen, um gestalten zu können; denn sonst kann sie nicht gestalten.

Ich beteilige mich gern an der prinzipiellen Diskussion. Ich fordere uns nur auf, außer der Klugheit für Konzepte auch den Mut zu Entscheidungen zu behalten. Eine zunehmende Diskussionswut könnte auch eine andere Form von Entscheidungsfucht sein. 13 Jahre haben die Sozialdemokraten durch viele Worte Entscheidungen umgangen. Unsere Aufgabe ist es, vorausschauend — vorausschauend! —, mit Visionen, aber doch heute und hier in der Rentenversicherung und in der Krankenversicherung zu handeln.

höhten Neuverschuldung die vorrangige Aufgabe in diesem Bereich.

Wir alle, unsere Mitglieder haben es im Januar erlebt. Der Einbruch der finanziellen Daten im Winter, auch durch Sonderfaktoren, die Prognose einer Neuverschuldung allein des Bundes um 40 Milliarden DM in diesem Jahr hat uns erheblich geschadet. Die etwas günstigeren Daten und die besseren Perspektiven für die kommenden Jahre sind deshalb von großer Bedeutung. Aber wir müssen sie dauerhaft sichern. Bei manchen — es ist erstaunlich; die Stimmungen schwanken — ist dem überzogenen Pessimismus jetzt eine gewisse Euphorie gefolgt, die Vorstellung, wir könnten uns wieder unendlich viel leisten. Dafür gibt es keinen Grund. Wir haben die Schwarzmalerei und Pessimisten durch Entscheidungen und Daten widerlegt. Aber wir müssen auch dafür sorgen, daß das dauerhaft gewährleistet wird. Denn so glänzend ist das Bild der öffentlichen Finanzen, das wir in der letzten Woche zeichnen konnten, auch nicht, daß wir jetzt nachlässig werden dürften.

Vor diesem aktuellen Hintergrund führen wir unsere programmatische Diskussion. In Wiesbaden haben wir den Leitantrag zur sozialen Marktwirtschaft diskutiert und einvernehmlich verabschiedet. Wir haben uns klar für eine steuerliche Entlastung der Betriebe und Bürger ausgesprochen. Wir haben eine niedrige Steuerquote als wichtiges Ziel für Dynamik, für Wettbewerbsfähigkeit, für mehr Arbeitsplätze beschrieben. Wir haben die Begrenzung bei der Abgabenlast als unentbehrliche Ergänzung zu einer Entlastung der arbeitenden Menschen bei den direkten Steuern formuliert. Wir haben, was für mich hervorzuheben sehr wichtig ist, Vorrang für mehr Beschäftigung formuliert, d. h. die Vergrößerung des Angebots an bezahlbarer Arbeit.

Heute diskutieren und beschließen wir über den zweiten Teil, zentrale Fragen unserer Sozial-, Familien- und Gesellschaftspolitik, und in zwei Wochen, wie unser Vorsitzender angekündigt hat, über den bedeutsamen Teil Rentenreform. Ich bin übrigens gegen eine weitere Vertagung. Das will ich sagen. Norbert Blüm, die Bundesregierung, die Koalitionsfraktionen brauchen jetzt die Orientierung unserer Partei. Ich bin dafür, daß wir bei diesem Zeitplan bleiben, nicht um jedes Detail im Bundesausschuß abschließend zu definieren, aber um eine klare Orientierung in den Grundsatzfragen für die Entscheidungen zu geben, die nicht weiter verschoben werden dürfen.

Meine Freunde, ich bin dankbar, daß Helmut Kohl und andere an den Grundsatz unseres Programms erinnert haben, an die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. In der Weiterentwicklung wird als viertes tragendes Element sicher die Ökologiepolitik hinzukommen; nach der Planung wird sie im nächsten Jahr auch hinzukommen. Davon waren auch unsere Beratungen im Bundesvorstand bestimmt. Das sollte bei unseren Diskussionen und Beschlüssen, wie ich glaube, der entscheidende Gesichtspunkt sein.

Wir müssen die Ausgangsdaten beschreiben. Richtig ist, daß der am 7. Juli vom Bundeskabinett verabschiedete Finanzplan den sich für 1990 ergebenden Rahmen, nach Art. 115 des Grundgesetzes definiert, finanziell ausfüllt. Wir haben die Vereinbarung, die Helmut Kohl hervorgehoben hat und die alle von uns verpflichtet. Zur Halbzeit, also Anfang 1989, werden wir über die finanzwirksame Gesetzgebung für die zweite Hälfte dieser Wahlperiode sprechen und entscheiden. Ich will nur hinzufügen, damit es keine Mißverständnisse gibt: Nach meiner Überzeugung wird auch das Jahr 1991 in

diese Betrachtung einbezogen sein. Denn natürlich gibt die Gesetzgebung dieser Wahlperiode auch finanzwirtschaftliche Daten für das Jahr 1991.

Bedeutsamer aber scheint mir ein anderer Punkt zu sein. Wir haben die Vorlage des Bundesvorstandes nach einer langen Diskussion einmütig erarbeitet. Natürlich vertreten wir sie als Mitglieder des Bundesvorstandes auch gemeinsam. Ich kann das um so entschiedener, weil sich in dem bereits in Wiesbaden beschlossenen Text unter C 3, Ziffer 56 eine zentrale Aussage von großer Bedeutung befindet. Da heißt es über die finanziellen Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpolitik:

Dazu müssen in Zukunft ... die sozialen Leistungen so umstrukturiert werden, daß ohne Erhöhung des Gesamtaufwandes mehr Gerechtigkeit erreicht wird.

Ein Zweites ist hier als Maxime festgehalten:

Besitzstände aller sozialen Gruppen müssen überprüft werden. Gruppen und Verbände schulden eine Begründung, ob ihre Ziele weiterhin die frühere soziale Berechtigung besitzen.

Wer also der Auffassung ist, daß wir umfassender oder, wie einige meine, auch früher über Spielräume für wichtige soziale Aufgaben reden sollten, der ist auch aufgefordert, konkrete Vorschläge zu machen, was hier reduziert oder begrenzt werden kann, wenn Spielräume gewünscht werden. So haben wir es in Wiesbaden beschlossen, meine lieben Freunde.

Es geht um die Hervorhebung — das ist schon geschehen —, daß wir in dieser Wahlperiode keinen familienpolitischen Stillstand haben. Alleine die gegen Ende der vergangenen Wahlperiode von der

Koalition getroffene Entscheidung, das Erziehungsjahr im Rentenrecht einzuführen, führt zu einem Anstieg der jährlichen Ausgaben des Bundes von 0 DM im Jahre 1986 auf über 5 Milliarden DM im Bundeshaushalt 1992. Die Legende mancher Verbände, es gäbe eine Wahlperiode lang Stillstand in der Entwicklung der Leistungen für die Familie, ist allein durch diese Zahl widerlegt.

Aber wichtig ist, daß wir die Diskussion, so wie es in allen Beiträgen verheißungsvoll begonnen hat, immer wieder in der Reflexion auf unsere Grundsätze führen — Kurt Biedenkopf hat zuletzt daran erinnert —: ein Programm für soziale Marktwirtschaft, ein Programm für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Es geht wie immer um die Prinzipien des Abwägens: Freiheit und Solidarität, Selbstverantwortung, Hilfe für den Nächsten und die soziale Aufgabe des Staates. Es geht immer wieder um die Besinnung auf die ordnungspolitischen und sozial-ethischen Grundlagen unserer Partei. Wenn wir das im Ringen der Argumente miteinander tun, dann werden wir über den heutigen Tag hinaus in der Lage sein, gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Ich halte auch nichts von der Kategorisierung und Zuordnung der Mitglieder, der Abgeordneten der CDU/CSU in bloße Gruppen. Finanzpolitiker haben den Bereich aller staatlichen Aufgaben, nicht zuletzt den des Sozialen, im Auge zu haben. Aber genausowenig dürfen sich Sozialpolitiker als eine Gruppe verstehen, die ständig fordert und sagt: Die Finanzierung machen andere.

Wenn wir so aufeinander zugehen in den Argumenten, wenn wir so die Voraussetzungen für die Entscheidung schaffen, dann werden wir auch die Zukunftsprobleme meistern, die vor uns liegen.

Lothar Späth:

„Wir müssen die Menschen von unseren Visionen überzeugen“

Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Was mich an unserer Art der Diskussion zunehmend stört, ist die Einteilung der Partei in Gruppen. Wir beklagen dauernd, daß diese Gesellschaft in Gruppen zerfällt, die nur noch egoistisch ihre Interessen vertreten, und fangen in der Partei an, uns selber so einzuteilen. Das halte ich für ausgesprochen gefährlich.

Das zweite, was ich für gefährlich halte, ist, wenn wir der Öffentlichkeit eine bunte Mischung von kurzfristigen Denkweisen und langfristigen Strategien so verbunden darbieten, daß sie unsere Zielsetzungen nicht mehr unterscheiden kann. Ich will das am Beispiel der sozialpolitischen Diskussion im Hinblick auf die finanzpolitische Situation darstellen. Hier müssen wir einmal mit 10 Milliarden DM mehr eingreifen, um den Haushalt auszugleichen. Dann verbessert sich die Konjunktur. Ich gehöre zu denen, die die Konjunktur für dieses Jahr falsch eingeschätzt haben. Ich gehöre aber auch zu denen, die sagen: Fallt jetzt nicht in Euphorie. Wir haben vor allem deshalb so gut abgeschnitten, weil die Amerikaner wider Erwarten in ihrer Handelsbilanz schlecht abgeschnitten haben und weil die langfristige weltwirtschaftliche Korrektur noch nicht erfolgt ist. Ich sage das nicht drohend. Ich sage nur: Es ist ganz prima, daß es so gut läuft. Wir sollten uns nicht daran stören, daß wir jetzt sagen können: Wir haben einen großen Erfolg. Nur — lassen Sie mich auch das sagen —: Jetzt verändern sich die Bundeinnahmen um anderthalb Milliarden

DM, vielleicht auch die Einnahmen der Länder. Wir hatten 10 Milliarden DM Defizit, Baden-Württemberg weniger. Bei den Gemeinden geht es auch wesentlich besser. Die können das Jammern vorübergehend einstellen. Sie werden es auch höchstens vorübergehend tun, weil das Jammern ihre Berufspflicht ist.

Aber ich will auf etwas anderes hinaus. Wir können die langfristigen strategischen Zielsetzungen eines Parteiprogramms in Richtung auf das Jahr 2000, wenn wir über Generationen, über unsere Nachkommen diskutieren, nicht alle vier Wochen am jeweiligen konjunkturellen Spiegelbild orientieren. Das hat überhaupt keinen Sinn.

Deshalb mag es manchen erstaunen, daß ich in diesen Fragen der Sozialpolitik wirtschaftspolitisch denke. Hier muß ich allerdings sagen: Mir kommen ein paar wirtschaftspolitische Argumente zu kurz. Ich vergleiche die Diskussion um Europa mit der Diskussion um die Familie. Denn bei Europa sind sich alle einig, daß wir kurzfristig noch ziemlichen Ärger mit dem Binnenmarkt kriegen. Warten Sie einmal, was auf unsere Speditionsunternehmer in den nächsten Monaten zukommen wird, wenn sie sich mit den europäischen Harmonisierungsnormen auseinandersetzen müssen. Warten Sie ab, was auf unsere mittelständischen Handwerker am Oberrhein zukommt, wenn die Handwerksordnung in Baden-Württemberg so bleibt und die Handwerksordnung im Elsaß ebenso und die Grenzen aufgemacht werden. Die lustigste Diskussion kriegen wir von den Gewerkschaften. Die

Gewerkschaften, die dauernd sagen, die deutschen Sozialnormen seien miserabel, sagen jetzt: Es dürfen in Europa keine Abstriche gemacht werden, weil wir in der Sozialpolitik an der Spitze stehen.

Wir sollten das politisch viel stärker nach draußen verwenden. Beim Umweltschutz oder bei der Sozialpolitik gibt es nur eine Angst: daß die von uns geschaffenen Normen abgebaut werden. Also müssen wir doch an der Spitze in Europa stehen.

Laßt uns das jeden Tag denen um die Ohren hauen, die im Inland jammern und gleichzeitig Angst vor der Öffnung der Grenzen haben.

Aber kurzfristig wird der Markt der Bundesrepublik 1992 gewaltige Strukturprobleme bescheren, auch unserem Mittelstand. Was werden wir denen sagen? Denen werden wir sagen: Es gibt keine Alternative. Langfristig ist Europa die einzige Chance, um im Weltwettbewerb zu bestehen.

Was machen wir bei der Unternehmensbesteuerung? Wir haben eine schwierige Finanzlage. Das wissen wir alle. Trotzdem sagen wir alle: Der großen Steuerreform muß 1992 die Unternehmensbesteuerungsreform folgen, und zwar deshalb, weil es im Steuerkonzert unerträglich ist, wenn durch die Unternehmensbesteuerung der Standort Bundesrepublik Deutschland im europäischen Wettbewerb schlecht dasteht.

Wir sagen etwas ganz Vernünftiges. Wir sagen: Wir müssen endlich zwischen denen unterscheiden, die ihr Geld in die Zukunft unserer Arbeitsplätze und in die soziale Sicherung investieren, und denen, die ihr Geld verbrauchen.

Jetzt bitte ich genau zuzuhören. Jetzt übertragen wir das auf die Familienpolitik. Wir unterscheiden nicht in der gleichen unternehmerischen Weise zwischen dem, der sein Geld in die nächste Gene-

ration der Beitragszahler investiert, und dem, der sich ein schönes Leben macht und die Zukunft dem Staat und der Gesellschaft überläßt.

Das paßt doch in der Denkweise überhaupt nicht zusammen! Ich denke unternehmerisch, wenn ich sage: Die Familienpolitik ist finanziell noch nicht ausreichend ausgestattet. Ich sage das jetzt gar nicht im Hinblick auf die Gerechtigkeit, ich sage es noch nicht einmal im Blick auf die moralische und ethische Substanz unserer Partei, sondern will es einmal unternehmerisch betrachten.

Es gibt für den Unternehmer zwei Möglichkeiten, zu denken: entweder Kosten senken oder Erträge erhöhen. Für unsere Volkswirtschaft kann man zwei Dinge tun: entweder Wachstum — Erträge erhöhen —, oder Kosten einsparen. Wenn er klug ist, tut der Unternehmer immer beides. Solange er großes Wachstum hat, denkt er meistens nicht so sehr an die Kosteneinsparung. Wenn es beim Wachstum enger wird, kommt — das können wir zur Zeit verfolgen — quer durch die Etagen die große Bereinigung. Jetzt sieht man nach, wo die überschüssigen Stabsstellen und sonstigen Einrichtungen sind. Richtig!

Nur sage ich, daß unsere ganze Diskussion über Gesundheitsreform und über Rentenreform unter dem Aspekt geführt wird, daß wir aufpassen müssen, daß die Kosten uns nicht über den Kopf wachsen. Aber was wird denn, wenn diese demographische Kurve weitergeht? Gerade haben wir gehört, daß noch 90% der alten Menschen — Frau Süßmuth hat das neben mir schon auf 80% berichtet — in der Familie gepflegt werden und nur die anderen im Heim sind. Was glauben Sie, wie sich diese Zahl verändern wird, wenn die 35% Kinderlosen ins Alter kommen? Wo sind denn dann die Pflegekräfte aus der Familie?

Dann haben wir genau die Situation, daß diejenigen, die sich heute als Doppelverdiener ohne Kinder die höchsten Rentenansprüche holen, später die höchsten Ansprüche an die Gesellschaft haben und daß später die wenigen Kinder die Beiträge zahlen sollen, die sie dann im Hinblick auf das Sozialprodukt nicht mehr verkraften können.

Deshalb ist der Generationenvertrag, wenn wir ihn nur auf die Rentenformel beziehen, zu kurz gedacht. Zu kurz gedacht ist das vor allem im unternehmerischen und im gesellschaftspolitischen Sinne, auch in dem Sinne, wie wir als Union denken müssen. Wir müssen nämlich die Frage stellen: **Wo investieren wir richtig?**

Jetzt nehme ich das auf, was Gerhard Stoltenberg gesagt hat. Wer Leistungen will, muß über Kürzungen reden. Ich sage Ihnen etwas ganz offen, und ich weiß, daß ich da viel Kritik ernte: Wenn ich z. B. in der Krankenversicherung die Selbstverantwortung erhöhe, ergibt sich natürlich eine Diskussion. Dabei rede ich nicht von dem kleinen Polizeibeamten oder von dem Strafvollzugsbediensteten, der beinahe an der Sozialhilfegrenze liegt. Aber wir stehen beispielsweise vor der Frage, ob wir die kinderreiche Familie im Stich lassen oder den oberen Einkommenschichten — auch im öffentlichen Dienst — einen kleinen Selbstbeteiligungsbetrag zumuten können. Darüber muß intensiv diskutiert werden, wenn man die Frage der Gerechtigkeit erörtern will.

Aber da haben wir auch unser Grundproblem. Unser Grundproblem ist, daß immer größere und stärkere Gruppen ihren sozialen Standard verteidigen und daß diejenigen zu kurz kommen, die eigentlich die Hilfe brauchen, die aber nicht stark genug sind, sich in unserer Gesellschaft durchzusetzen.

Deshalb meine ich schon, daß wir in diese Richtung ein Stück weiterdiskutieren müssen.

Jetzt komme ich noch einmal zur Investition in die Familie. Ich bleibe bei dem Beispiel der sechsfachen Kosten der Heimpflege. Man kann eine ganz einfache Rechnung aufmachen: Wer wird denn die nächste Generation pflegen? Sie glauben doch nicht, daß sich die nächste Generation genauso sozial verhält wie die jetzige! Hören Sie einmal, was Ihnen die vielen Jungen sagen! Also müssen wir ein System der offenen Sozialhilfe aufbauen, wenn wir das Heim vermeiden wollen.

Nun kommt die ganz einfache wirtschaftspolitische Rechnung. Was kostet die Heimpflege die Gesellschaft? Wenn die Heimsinsassen nach ÖTV-Tarifen gepflegt werden sollen — und das ist das Konzept der SPD —, ergibt sich bei den Kosten für die Insassen von Altenheimen eine Explosion, denn — machen wir uns nichts vor — mit der zunehmenden Überalterung wächst auch die Zahl der Dauerpflegebedürftigen. Wir haben einen Teil der sozialpolitischen Diskussion vergessen, nämlich daß wir in den Haushalten von Ländern und Gemeinden eine Steigerungsrate der Soziallasten von 8 bis 9% bei einem Wachstum der Steuern und der Haushalte von 3% haben. Sie können sich doch ausrechnen, wohin das führt! Das alles kann man ausrechnen, die Kurve kann man zeichnen.

Also muß ich mir unternehmerisch überlegen: Wie schaffe ich es denn, diese Kostenrate für die Gesamtgesellschaft niedriger zu halten? Das kann ich doch nur machen, wenn ich z. B. Pflegeelemente finde, die günstiger sind als die Heimpflege.

Das ist der Grund dafür, daß ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, in einem Punkt Ihrer Ausführungen widersprechen muß. Ich will das jetzt nicht vertiefen, denn wir werden in 14 Tagen darauf zurückkom-

men. Sie haben hinsichtlich der Pflegesicherung in der Rente eine Warnung ausgesprochen. Ich will es rein rechnerisch, unternehmerisch-kalkulatorisch sagen: Sie werden in der Zukunft nicht mehr genügend Nonnen oder Schwestern bekommen, die um Gotteslohn die Alten pflegen, aber es wird eine große Zahl von 45- bis 50jährigen Frauen geben, deren Kinder aus dem Haus sind und die aus innerer Überzeugung eben nicht zur Doppelarbeit mit ihrem Mann in den Betrieb wollen, sondern sagen: Ich bin bereit, einen Teil meiner Zeit für die Pflege in der Nachbarschaft zur Verfügung zu stellen und will dafür nicht viel Geld. Wenn ich dieser Frau anbiete, ihre Rentenbiographie in Ordnung zu bringen, dann bin ich bereit, jede öffentliche Kalkulation über die Wirtschaftlichkeit dieses Unternehmens vorzulegen!

Jetzt komme ich natürlich in Konflikt mit meinem Freund Norbert Blüm, der sagt: Hier ist das Versicherungssystem, und laßt mich mit euren Bundeseinflüssen in Ruhe, denn ihr bringt alles nur durcheinander. Ich sage: Das Rentensystem hat zwei Funktionen. Es ist zunächst ein Versicherungssystem. Außerdem hat der Staat dieser Rentenversicherung immer wieder Aufgaben übertragen und Bundeszuschüsse geleistet.

Nun kann man meiner Meinung nach über zwei Elemente diskutieren. Die Rentenversicherung soll auf Grund ihres Versicherungscharakters nichts übernehmen, was sie nicht ersetzt bekommt. Aber der Staat kann jetzt die Kalkulation anstellen, durch welchen Aufwand als Ersatz für Rentenbeiträge dieser Generation, die pflegebereit ist, sichergestellt werden kann, daß eines Tages statt 70% vielleicht nur 30% in den Heimen sind. Ich kann Ihnen jetzt schon voraussagen: **Dies ist die größte Vorsorgeinvestition gegen die Explosion unserer Sozialkosten in den nächsten 20 Jahren.**

Woran mir liegt, ist, daß wir langfristig diese Zusammenhänge diskutieren. Sie können das jetzt auf die Frage der wirtschaftlichen Belastungen von Familien mit Kindern oder auf die Frage des Hausarbeitseinsatzes übertragen; ich will nicht all das wiederholen, was gesagt wurde. Nur möchte ich zwei Dinge unterschieden haben, und damit komme ich zu einem Problem, bei dem unsere Parteibasis ein bißchen murt; meine hat am letzten Samstag ein bißchen laut gemurt.

Lassen Sie mich einmal analysieren, was die Leute draußen beschäftigt. Sie möchten gerne, daß sie mitvollziehen können, was wir hier machen. Sie möchten in diesen Dingen aus ihrem Erfahrungsbereich heraus mitdiskutieren.

Das möchten sie einbringen, und da brauchen sie von uns ein paar grundsätzliche Orientierungspunkte, z. B. Orientierungspunkte in den Fragen: Wie gehen wir mit dem Pflegebereich in unserer Gesellschaft um, und wie ordnen wir dieses Thema des Generationenvertrages? Da wollen sie natürlich auch etwa wissen, was bei der Rentenreform mit den einzelnen Gruppen geschieht und wie alle gleichmäßig zur Gemeinlast herangezogen werden. Darauf müssen wir Antworten geben!

Dazu gehört für mich ein Zweites, das mir zu kurz kommt. Ich greife das Beispiel der Gesundheitsreform auf. Wir müssen die Gesundheitskosten dämpfen und sagen das jeden Tag. Dann rechnen wir immer vor, wie die Kurve war, und sagen: So geht es nicht weiter. Dem stimme ich auch zu. Aber wir müssen natürlich ein Zweites sagen: Es ist ein fundamentaler Irrtum, zu glauben, die Gesundheitskosten in Deutschland würden zurückgehen. Wir können die Steigerungsrate beeinflussen, aber mir soll doch niemand erzählen — und wir müssen mit der Argumentation aufpassen, weil die

Leute das nicht begreifen —, daß zum Zeitpunkt des Beginns der Transplantationsmedizin, der Intensivstationen und der Überalterung der Gesellschaft, der wachsenden Zahl der 80jährigen und der sinkenden Zahl der 18jährigen, die Gesundheitskosten in der Bundesrepublik bei dem vorhandenen Gesundheitsbewußtsein insgesamt sinken würden. Nur müssen wir den Leuten sagen: Das bedeutet, daß wir Wachstum brauchen, und zwar Wachstum nicht um den privaten Konsum zu erhöhen. Vielmehr müssen wir uns darauf einstellen, daß wir unser Wachstum nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesundheitskosten unserer Generation und zur Vorbeugung für die nächste Generation brauchen.

Ich sage das deshalb, weil die Leute immer irritiert sind, wenn wir sagen: Wir senken die Kosten. Das sage ich im übrigen auch der Wirtschaft in bezug auf die Lohnnebenkosten. Ich sage meinen Unternehmern nicht, daß die Lohnnebenkosten sinken. Ich sage ihnen nur: Wir müssen das halbwegs im Lot halten, und wir müssen durch Innovation und Produktivitätssteigerung die Relation unserer Lohnkosten und Lohnnebenkosten zu unseren Produktkosten im internationalen Wettbewerb in Ordnung bringen. Nur, wenn wir den Leuten immer sagen, daß wir z. B. die Lohnnebenkosten senken wollen, und dies zu einem Zeitpunkt sagen, zu dem wir wissen, daß der Rentenbeitrag erhöht werden muß, dann entsteht der Eindruck, wir würden etwas versprechen, was wir nachher nicht halten können.

Das scheinen mir die zwei ganz wichtigen Elemente des Zusammendenkens zu sein. Das müssen wir schaffen! Ich will jetzt auf die anderen Fragen gar nicht eingehen, aber das müssen wir schaffen, und das gilt übrigens auch für die Arbeitslosigkeit. Ich muß jetzt den Streit mit Nürn-

berg riskieren, weil es mich immer mehr stört, daß ununterbrochen diese Doppelstrategie gefahren wird, bei der die einen sagen „Ich kriege keine Mitarbeiter“ und die anderen sagen „Wir haben Massenarbeitslosigkeit“.

Das geht nicht auf! Da müssen wir als CDU an die Differenzierung gehen. Wir haben natürlich ein Arbeitslosenproblem, aber es hat doch keinen Sinn, so zu tun, als ob es durch Arbeitszeitverkürzung allgemeiner Art — mit oder ohne Lohnausgleich — gelöst werden könnte. Natürlich kann ich hunderttausend Lehrer mehr unterbringen, wenn ich die Arbeitszeit neu einteile. Vielleicht brauche ich aber diese hunderttausend Lehrer als Ingenieure in der nächsten Generation. Wenn ich Ingenieure brauche, um wettbewerbsfähig zu sein, kann ich nicht die Lehrerbearbeitungszeit neu verteilen und damit das Thema „Ingenieure“ als Fragezeichen für die nächsten zehn Jahre stehenlassen.

Das ist unser Punkt. Ob Sie bei der SPD die Steinkühler-Position oder die Lafontaine-Position nehmen, der Unterschied der SPD — mit oder ohne Lafontaine — zu uns ist immer, daß die SPD nur kollektive Lösungen bereithält. Wir haben individuelle, auf den Menschen zugeordnete Lösungen, Lösungen nach dem Prinzip der Subsidiarität. **Nur müssen wir aufzeigen, wie Subsidiarität funktioniert.** Denn eines ist auch klar: Wenn wir die Leute — die Familien, die Nachbarschaften, die Gemeinden, die Gruppen — nicht in die Lage versetzen, das zu tun, was unseren ethischen Konzepten entspricht, werden am Schluß die kollektiven Lösungen immer mehr zunehmen; man wird nämlich schnell sagen: Das muß man insgesamt lösen. Wir haben die differenzierte Lösungen. Die sind schwieriger.

Wenn wir die Menschen nicht davon überzeugen, daß wir unsere Ansätze herüberbringen können, werden wir uns am Schluß

der Auseinandersetzung den kollektiven Lösungen beugen müssen. Aber bei den kollektiven Lösungen gewinnen immer die starken Gruppen gegen die schwachen.

Meine Bitte ist: **Laßt uns in dieser Partei damit aufhören, dauernd zwischen Finanzpolitikern, Wirtschaftspolitikern, Sozialpolitikern und Familienpolitikern zu diskutieren.** Laßt uns dies zu einem Gesellschaftsentwurf zusammendenken! Wir beklagen, daß sich viele junge Leute bei uns nicht mehr so ganz zu Hause fühlen. Das hängt auch damit zusammen, daß sie vermuten, daß bei uns nur Kitt über die Interessengruppen geschüttet wird. Wir müssen die Leute davon überzeugen, daß wir eine Vision unserer Gesellschaft haben, daß wir Wertvorstellungen haben und daß diese Wertvorstellungen auch ins Jahr 2000 passen. Wir müssen diese Vorstellungen so ausformulieren, daß die Gruppen einsehen, daß sie ihre Interessen dem Gesamtkonzept unterordnen müssen. **Dann ist unsere Sozialpolitik wieder ein Kernstück der Unionspolitik, ohne daß sie langfristigen Strategien von Wirtschafts- und Finanzpolitik widerspricht.**

Zitat

„Die neue Heimat für unsere Landsleute zu einer Heimat zu machen, liegt entscheidend auch an jedem einzelnen von uns. Da müssen wir helfen. Das habe ich auch erfahren können, als ich vor 25 Jahren selbst mit meinen Eltern aus Rumänien kam. Eine neue Heimat bedeutet auch neue Schwierigkeiten im täglichen Leben. Sie zu bewältigen, dazu kann jeder von uns beitragen. Sekundär ist die Art — finanziell oder mit persönlichem Engagement durch Patenschaften.“

(Peter Maffay, Popmusiker
in „Die Welt“ vom 12. 9. 1988)

Zitat

„Ich selbst bin 1968 mit meiner Familie aus der ČSSR ausgewandert, damals klappte das wegen des Prager Frühlings. Ich wurde damals nicht aggressiv aufgenommen. Ich finde es gut, den Aussiedlern zu helfen, man sollte in dieser Beziehung allerdings früher ansetzen, nicht erst dann, wenn es zu schwierig wird. Zu schimpfen ist immer leichter, als zu helfen. Wenn ich helfen will, muß ich Engagement aufbringen, wenn ich nur schimpfe, nicht. Die Vorurteile gegenüber Aussiedlern, das aggressive Verhalten sind Zeiterscheinungen.“

(Erich Kühnhackl, Eishockeystar
in „Die Welt“ vom 12. 9. 1988)

Apels Rücktritt zeigt die Zerstrittenheit der Sozialdemokraten

Zum Rücktritt von Hans Apel von seinen Fraktionsämtern in der SPD erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Rudolf Seiters:** Apel hat die Konsequenz aus der Diskussion und den Beschlüssen des Münsteraner Parteitages gezogen.

Sein Rücktritt vom stellvertretenden Vorsitz der SPD-Fraktion und vom Amt des finanzpolitischen Sprechers zeigt ebenso wie der massive Streit über den wirtschaftspolitischen Kurs der SPD, wie es um die Kompetenz dieser Partei in diesem Bereich bestellt ist. Die SPD hat nach dem Parteitag in Münster weder programmatisch noch personell eine Alternative in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dieser Rücktritt in Bitterkeit zeigt aber auch, wie es um die einstmals viel berühmte Solidarität unter den Sozialdemokraten heute steht.

Aktion Willkommen:

Lebhaftes Echo und erste praktische Beispiele

Die „Aktion Willkommen“, zu der die CDU ihre Verbände aufgerufen hat (siehe auch UID 27/88), hat inzwischen ein lebhaftes Echo gefunden. Sowohl die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV), die Senioren-Union, die Frauen-Union wie auch die Junge Union haben ihre spontane Bereitschaft bekundet, aktiv mitzuhelfen, wozu der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Kohl die CDU aufgerufen hat: nämlich den in diesem Jahr zu erwartenden 200.000 Aussiedlern bei der Eingliederung in die neue Heimat mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski konnte auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus schon eine erste Erfolgsbilanz ziehen, als er feststellte: „Wir haben mit unserer Aktion ein großes Verständnis in der Partei gefunden.“ Radunski erinnerte an Aktionen der 70er und 80er Jahre, als die Partei schon einmal Aussiedlern aus Polen geholfen hat und Lastwagen mit Hilfsgütern nach Polen organisiert hatte; an die Dritte-Welt-Aktion; an die Aktion „Kleine Hände“ oder an die Menschenrechtsaktionen, die allesamt erfolgreich waren und viel Verständnis bei den Bürgern „vor Ort“ gefunden haben.

In einem Brief an die Funktionsträger der KPV stellt deren Vorsitzender, Horst Waffenschmidt, u. a. fest: „Es ist sehr bedeutsam für die Eingliederung der Aussiedler, daß wir uns als Kommunalpolitiker von CDU und CSU vor Ort in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen um die Aussiedler bemühen. Ich weiß, in vie-

len Bereichen unseres Landes werden schon beachtliche kommunale Initiativen entwickelt. So gibt es z. B. Bürgermeister der CDU, die in ihrem Bereich die Aussiedler zu einem Begrüßungsnachmittag einladen. Auf jeden Fall kommt es darauf an, daß diese deutschen Menschen, die zu uns kommen, sich bei uns geborgen fühlen können. Bund, Länder und Gemeinden geben sich viel Mühe mit materiellen Hilfen. Aber neben diesen materiellen Hilfen muß auch die persönliche Zuwendung kommen. Aus eigenem Erleben weiß ich, daß viele dieser Aussiedler oft jahrelang gekämpft haben, daß sie zu uns kommen können. Oft haben sie auch trotz vieler Anfeindungen ihren christlichen Glauben behauptet. Große Familien kommen zu uns mit einem Reichtum an Kindern, der für unsere Gesellschaft zusätzlich von großer positiver Bedeutung ist.

Ich bitte die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer der KPV in besonderer Weise, in ihren Landesverbänden Aktionen und Initiativen für die Aussiedler einzuleiten bzw. zu unterstützen. Von besonderen Aktivitäten sollte die Bundesgeschäftsstelle der KPV informiert werden. Sie können dann in den kommunalpolitischen Blättern vorgestellt werden.“

Auch die Senioren-Union hat zu Hilfsaktionen aufgerufen. Dabei wird vordringlich an folgende Aufgabenstellungen gedacht:

- Senioren-Union und CDU regen vor Ort gemeinsam Intensivsprachkurse (z. B. an den Volkshochschulen) an.

Bundesfachausschuß erarbeitet Leitlinien zur Umwelthaftung

Die CDU tritt bekanntlich für eine Erweiterung der Gefährdungshaftung und die Einführung einer obligatorischen Umwelthaftpflichtversicherung ein. Justiz und Umweltressort arbeiten zur Zeit noch an einer Gesetzesvorlage. Bei den Beratungen gilt es, eine Lösung zu finden, die die Interessen der Beschädigten ebenso berücksichtigt wie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, besonders der mittelständischen Unternehmen.

In der vergangenen Woche hat sich nun der CDU-Bundesfachausschuß Umweltpolitik mit „Leitlinien“ in die Diskussion eingeschaltet. Gefordert wird:

- Die Novellierung des Umwelthaftungsrechts soll die Umweltvorsorge erhöhen, die Marktkonformität verbessern und für mehr Gerechtigkeit sorgen.
- Für Schäden durch Luft- und Bodenverschmutzung ist eine verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung einzuführen.
- Die geplante Erweiterung der Gefährdungshaftung auf Luft und Boden muß auch den sog. „Normalbetrieb von Anlagen“ umfassen.
- Die Gefährdungshaftung für Luft und Boden ist auf Anlagen zu beschränken, die für die Umwelt eine besondere Gefahr bedeuten.
- Die Auskunftsansprüche für Geschädigte sind zu verbessern. Insbesondere Betreiber von Anlagen, die der Gefährdungshaftung unterliegen, sollen zur Messung und Dokumentation der freigesetzten Schadstoffe mit geeigneten Meßgeräten verpflichtet werden. Entzieht sich ein Anlagenbetreiber dieser Dokumenta-

tionspflicht, sind für den Geschädigten Beweiserleichterungen vorzusehen.

- Die erweiterte Gefährdungshaftung muß am Kausalitätsprinzip festhalten.
- Das Kausalitätsprinzip ist im Rahmen der Gefährdungshaftung das entscheidende Kriterium für die Zurechnung von Schäden zu bestimmten individuellen Ersatzpflichtigen.
- Beweiserleichterungen sind für besondere Fälle vorzusehen. Beweiserleichterungen sind für die Fälle einzuführen, in denen für die Verursachung eines Schadens durch einen der Gefährdungshaftung unterliegenden Emittenten den Umständen nach eine überwiegende Wahrscheinlichkeit besteht.
- Summations- und Distanzschäden, die durch nicht individualisierbare Verursacher herbeigeführt werden, können vom Umwelthaftungsrecht nicht erfaßt werden.
- Schwerwiegende Anlagerisiken, die einer Umweltgefährdungshaftung unterliegen, sollen durch eine obligatorische Umwelthaftpflichtversicherung abgedeckt werden.
- Im Verhältnis zu ausländischen Anspruchsstellern ist die Gefährdungshaftung nur vorzusehen, wenn der betreffende Staat deutschen Geschädigten ebenfalls gleichartige Ansprüche einräumt. ■

Niedrigste Steuerquote seit 1960

1990 werden wir unter Einbeziehung der für 1989 vorgesehenen Anhebung von Verbrauchsteuern mit 22,7 Prozent die niedrigste Steuerquote seit 1960 haben.

Fragen der Schulorganisation standen im Mittelpunkt

Fragen der Schulorganisation im Lande Bremen standen im Mittelpunkt eines außerordentlichen Landesparteitages der Bremer CDU in der vergangenen Woche. Neben den rund 170 Delegierten nahmen hieran auch Sachverständige aus Eltern-, Lehrer- und Schülerschaft sowie aus Berufsverbänden und Gewerkschaften teil.

CDU-Landeschef Bernd Neumann stellte in seinem Einführungsreferat heraus, daß einer differenzierten, pluralistischen, demokratischen Gesellschaftsordnung ein ebenso differenziertes und pluralistisches Bildungssystem entspreche. Deshalb sei für die CDU „die Erhaltung der verschiedenen Schullaufbahnen mit den differenzierten Abschlüssen der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums unverzichtbar.“

Scharf kritisierte Bernd Neumann die SPD-Schulpolitik der vergangenen 13 Jahre im Lande Bremen. Diese habe unter Mißachtung von Schüler-, Eltern- und Lehrerwillen und gegen den erbitterten Widerstand der Bremer CDU mit politischer Brachialgewalt aus einer blühenden Vielfalt verschiedener, eigenständiger Schulformen eine monotone Schulorganisation gemacht, die im Prinzip nur aus Schulzentren der Sekundarstufe I und II bestehe. Der politische Wille der SPD, die integrierte Gesamtschule zur Regelschule zu machen, sei „gleichmacherisch und damit begabungs- und leistungsfeindlich“. Bernd Neumann: „Wer nach mehr als 20jähriger Erprobungszeit mit Gesamtschulen diese immer noch als Regelschule im Lande Bremen einführen

will, hat aus den negativen Erfahrungen in allen Bundesländern nichts gelernt.“

Trotzdem müsse nach all dem, was Bremens Schüler und Schulen im letzten Jahrzehnt zu ertragen hatten, jetzt Schulfrieden einkehren. Der CDU-Landesvorsitzende: „Wir haben die Organisation in Schulzentren nicht gewollt. Es gibt sie aber. Hunderte von Millionen sind für entsprechende Baumaßnahmen ausgegeben worden. Schüler und Lehrer müssen nun in diesen Schulzentren lernen und lehren. Wir könnten dies — auch wenn wir regierten — von heute auf morgen nicht ändern. Also müssen auch wir mit diesen Schulzentren leben und unseren Frieden schließen. Realitäten nicht sehen und nicht berücksichtigen wollen, heißt, sich von der konkreten Diskussion zu verabschieden.“

Die vorhandene Schulstruktur hinzunehmen heiße jedoch nicht, eigene Alternativen aufzugeben. Im Gegenteil müsse dafür gekämpft werden, daß innerhalb der Schulzentren die einzelnen Schularbeiten erhalten blieben, daß ihre Profile verbessert und klarer und daß daraus keine integrierten Gesamtschulen würden.

Dieser generellen Zielsetzung schlossen sich die Delegierten denn auch nach intensiver und teilweise kontroverser Diskussion an. Heftige Kritik übte der Parteitag zu Beginn an dem Bremer Bildungssenator wegen seiner jüngsten Pläne zur Zerschlagung des letzten durchgängigen neusprachlichen Gymnasiums und der letzten selbständigen Haupt- und Realschule. Auf Antrag der Jungen Union wurde er zum Rücktritt aufgefordert.

Kanzler dankt Schäuble und dem Krisenstab Libanon für gute Arbeit

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zur Freilassung von Rudolf Cordes Stellung genommen und dabei u. a. erklärt:

Die Bundesregierung ist außerordentlich erfreut über die Freilassung von Rudolf Cordes. Sie hat seit Januar 1987 große Anstrengungen unternommen, um die Freiheit für Rudolf Cordes zu erreichen. Dabei hat die Bundesregierung mit vielen eng und partnerschaftlich zusammengearbeitet. Diese gemeinsamen Anstrengungen haben zu dem Erfolg geführt, daß Rudolf Cordes nun nach 605 Tagen endlich seine Freiheit wiedererlangte. Mein Dank gilt allen, die in dieser Zeit intensiv bemüht waren und hervorragend zusammengearbeitet haben, um die Freilassung von Rudolf Cordes zu erreichen. Der „Arbeitsstab Libanon“ unter der Leitung von Bundesminister Schäuble hat sehr gute Arbeit geleistet. Außenminister Genscher hat mit seinem hervorragenden persönlichen Einsatz maßgeblichen Anteil an dem Erfolg. Ich danke den beteiligten Ministern und Mitarbeitern der Bundesregierung und den anderen Behörden für ihre intensiven Bemühungen und Hilfe, alle haben vorbildlich kooperiert.

Für die Bundesregierung war es außerordentlich schwierig, das Ziel, nämlich die Freilassung von Rudolf Cordes, zu erreichen. Denn von Anfang an waren wir uns völlig einig, daß wir bei unserem Vorgehen rechtsstaatliche Prinzipien voll wahren und keine Bedingungen eingehen. Die Bundesregierung wird sich selbstverständlich auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die baldige Freilassung aller anderen im Libanon festgehaltenen Personen einsetzen.

Nach der glücklichen Freilassung von Rudolf Cordes warnt die Bundesregierung erneut alle Bundesbürger vor Reisen in den Libanon; die Risiken sind keineswegs geringer geworden.

Neu im Angebot

CDU-extra

„Wirtschaft auf vollen Touren“

Das aktuelle Massenverteilmittel für Ihre Herbstaktionen u. a. mit den Themen Wirtschaft, Ostpolitik, Steuerreform, Gesundheitsreform und Umweltschutz. 8 Seiten, vierfarbig, zum günstigen Preis von 10 Pfennig.

Bestell-Nr.: 2099

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM zuzügl. MwSt.

Faltblatt „Frauen in der Union“

Auf vier DIN-A4-Seiten hat die Frauen-Union die Parteitagebeschlüsse von Essen, Mainz und Wiesbaden zur politischen Gleichstellung herausgegeben. Durch die auf dem SPD-Parteitag beschlossene Quotenregelung ist das Thema sehr aktuell geworden. Hier kann jeder nachlesen, was die CDU zur politischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern beschlossen hat.

Bestell-Nr.: 2105

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM zuzügl. MwSt.

Bestellungen über

IS-Versandzentrum,

Postfach 13 28, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Neu im Angebot:

Mit uns die Zukunft souverän gestalten

Diese Broschüre ist die erste Veröffentlichung der im April neu gegründeten Senioren-Union. Neben einem kurzen Bericht und Auszügen aus den Reden der Gründungsveranstaltung vom 20. April 1988 dokumentiert die 52 Seiten umfassende Broschüre die Notwendigkeit und die Ziele der Senioren-Union. Diese Broschüre sollte als Standardwerk in jeder Geschäftsstelle vorhanden sein.

Bestell-Nr.: 5098

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je 25 Stück: 27,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UiD

28/29 1988

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.